



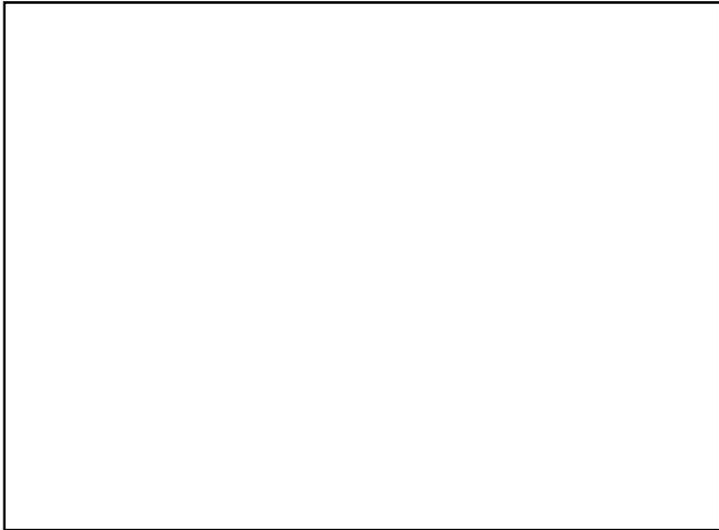
Europa nach Nizza

Hessische Schriften zum Föderalismus und Landesparlamentarismus

- Nr. 1: Landesparlamentarismus und Föderalismus. Hat das parlamentarische System in den Bundesländern eine Zukunft? Fachtagung des Hessischen Landtags und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1990.
- Nr.2: 175 Jahre Nassauische Verfassung. Eine Ausstellung des Hessischen Landtags und des Hessischen Hauptstaatsarchivs zur Erinnerung an den Erlaß der Nassauischen Landständischen Verfassung am 1./2. September 1814. Hessischer Landtag, Wiesbaden, 19. September bis 13. Oktober 1989, Katalog. Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1989.
- Nr.3: 175 Jahre Nassauische Verfassung. Eine Veranstaltung des Hessischen Landtags zur Erinnerung an den Erlaß der Nassauischen Landständischen Verfassung am 1./2. September 1814. Hessischer Landtag, Wiesbaden 19. September 1989. Wiesbaden, Hessischer Landtag, 1991.
- Nr.4: Die Rolle der Bundesländer in einem geeinten Deutschland und geeinten Europa - Eine Herausforderung für Landesparlamentarismus und Föderalismus. Fachtagung des Hessischen Landtags und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1992
- Nr.5: Europa - Ende des Föderalismus? Fachtagung des Hessischen Landtags in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am Donnerstag, dem 11. März 1993, im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden, Hessischer Landtag, 1993.
- Nr.6: Die Konstituierung des Landes "Groß-Hessen" vor 50 Jahren. Veranstaltung des Hessischen Landtags am 13. Oktober 1995 im Landeshaus in Wiesbaden, hrsg. von Klaus Peter Möller, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1996.
- Nr.7: Länder und Regionen in Europa - Kooperation für eine gemeinsame Zukunft. Fachtagung des Hessischen Landtags am 31. Oktober 1996, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden, Hessischer Landtag 1997.

Europa nach Nizza

Podiumsdiskussion
zur Europawoche 2001
am 11. Mai 2001 im
Hessischen Landtag in Wiesbaden



Herausgegeben von Klaus Peter Möller
Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Bernd Friedrich, Susanne Baier
Herstellung: Druckerei Elektra GmbH, Niedernhausen
Verlegerische Betreuung: NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt,
Rheinbreitbach

ISBN 3-923150-21-0

© 2003 Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1 – 3

Inhaltsübersicht:

Begrüßung

Aloys Lenz, MdL 11

Einführung

Marlies Mosiek-Urbahn 17

Moderation

Klaus-Dieter Frankenberger 23

Teilnehmer an der Podiumsdiskussion:

Prof. Dr. Helmut Haussmann, MdB 27

Bundesminister für Wirtschaft a. D.
Europapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Obmann des Ausschusses für die Angelegenheiten
der EU im Deutschen Bundestag

Heide Rühle, MdEP 30

Mitglied des Haushalts- und Haushaltskontroll-
ausschusses des EP

Jo Leinen, MdEP 35

Staatsminister für Umwelt a. D.
Vorsitzender des Europaausschusses im
Saarländischen Landtag a. D.
Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen
des EP

Dr. Friedbert Pflüger, MdB 44

Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegen-
heiten der EU im Deutschen Bundestag

Diskussion

Klaus-Dieter Frankenberger	51
Prof. Dr. Helmut Haussmann, MdB	53
Heide Rühle, MdEP	56
Jo Leinen, MdEP	60
Dr. Friedbert Pflüger, MdB	63
Fritz Petermann	67
Dr. Friedbert Pflüger, MdB	69
Fritz Petermann	69
Dr. Friedbert Pflüger, MdB	69
Rudi Eisenbach	71
Jo Leinen, MdEP	71
Wolfgang Pühl	73
Armin Klein, MdL	74
Dr. Klaus Breiding	77
Roland von Hunnius, MdL	78
Dr. Günther Beine	78
Hildegard Klär, MdL	83
Schüler der Rhein-Main-Schule Dr. Obermayr	84
Heide Rühle, MdEP	86
Prof. Dr. Helmut Haussmann, MdB	89
Jo Leinen, MdEP	92
Dr. Friedbert Pflüger, MdB	96

Schlusswort

Aloys Lenz, MdL	98
-----------------------	----

Biografische Hinweise	101
------------------------------------	-----

Begrüßung

Aloys Lenz, Vorsitzender des Europaausschusses:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Vorsitzender des Europaausschusses des Hessischen Landtags darf ich Sie heute Morgen im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen zu unserer Podiumsdiskussion ganz herzlich begrüßen.

Der von der Regierungskonferenz unterzeichnete Vertrag von Nizza – das braucht man nicht schönzureden – ist bei der überwiegenden Mehrheit der engagierten Europapolitiker und Medienvertreter auf Kritik und Skepsis, ja zum Teil sogar auf grundlegende Ablehnung gestoßen. Sein wichtigstes Ziel, nämlich die Europäische Union bis Anfang 2003 in die Lage zu versetzen, die süd- und osteuropäischen Länder aufzunehmen, sei zwar formal gerade noch erreicht worden, aber die Qualität des damit zugleich erwarteten Integrationsschubs sei äußerst dürftig. So lautet die Meinung der meisten Kommentatoren.

Von verschiedenen Seiten wird ernsthaft die Forderung nach einer Nachbesserung des Vertrags in der jetzt anstehenden Phase seiner Ratifizierung durch die 15 Mitgliedstaaten erhoben. So hält sich etwa die Begeisterung der Fraktionen des Europäischen Parlaments, das ebenfalls noch eine Stellungnahme zum Vertrag abgeben muss, in Grenzen.

Jetzt richten sich alle Blicke auf den so genannten Post-Nizza-Prozess. Welche Schlussfolgerungen werden aus dem Gipfeltreffen für den weiteren Prozess der Integration gezogen? Dabei gibt es eine Fülle von Fragen, die

z. B. folgende Bereiche betreffen: das weitere Entscheidungsverfahren von Verträgen – Stichwort: Konventsmethode statt der bisherigen Methode –, das ganze Paket noch zu erledigender Reformmaßnahmen, wie etwa die Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit im Rat, die Forderung nach einer Erweiterung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und deren Regionen, der Status der Charta der Grundrechte als Teil eines noch zu erarbeitenden Verfassungsvertrags sowie eine Vereinfachung und bessere Transparenz der Verträge, was einen Beitrag zu mehr Demokratie darstellt. Das sind viele offene Fragen, die Gegenstand der heutigen Diskussion sein sollen.

Der Europaausschuss des Hessischen Landtags möchte mit dieser Podiumsdiskussion eine öffentliche Debatte über die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union, aber auch über die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union anstoßen. Wir möchten zugleich unsere innerparlamentarische Arbeit durch eine Beteiligung der Öffentlichkeit ergänzen und erweitern. Wir haben bisher im Hessischen Landtag in den Ausschusssitzungen und im Plenum vornehmlich Themen diskutiert, die für unser Bundesland von Interesse sind, z. B. die Auswirkungen der europäischen Beschlüsse auf Hessen. Wir haben aber auch über grundsätzliche Fragen des europäischen Einigungsprozesses diskutiert, wie beispielsweise am vergangenen Dienstag die Regierungserklärung des Europaministers zum Post-Nizza-Prozess.

Ein Tatbestand zeichnet sich in der europäischen Entwicklung immer deutlicher ab: Die Regionen werden im fortschreitenden Integrationsprozess eine größere Rolle spielen. Am Ende wird die Europäische Union – in welcher Form auch immer – mit Sicherheit ein Ort der Regionen sein. Hessen, das mit Abstand größte Zahlerland im Länderfinanzausgleich der Bundesrepublik, ist als wirtschaftlich starkes Bundesland eine selbstbewusste Region. Es hat schon frühzeitig Beziehungen zu anderen Mitgliedsländern der EU geknüpft, um gemeinsam mit weiteren Regionen in Brüssel erfolgreich auftreten zu können. Unsere enge Partnerschaft mit der Emilia Romagna in Italien und mit der französischen Region Aquitaine zeigt sich z. B. an der Bürogemeinschaft der Hessischen Landesvertretung mit den Vertretungen dieser Regionen in Brüssel. Bereits vor dem Beitritt Polens zur EU haben wir ganz offiziell und förmlich eine Partnerschaft mit der Woiwodschaft Wielkopolska, einer wirtschaftlich starken Region mit der Hauptstadt Posen, beschlossen. In der kommenden Woche werden auf Gegeneinladung zum Besuch unseres Ausschusses im September letzten Jahres in Polen Mitglieder des dortigen Parlaments im Hessischen Landtag eintreffen. Es ist nicht nur meine Aufgabe, sondern auch die der Landespolitik, durch Überzeugungsarbeit stärker für den erfolgreichen „Ausbau des Hauses Europa“ zu werben, wie diese Metapher so schön heißt.

Dies gilt in der kommenden Zeit vor allem für das zentrale Thema Osterweiterung. Es muss deutlich gemacht werden, dass die Osterweiterung ein lebensnotwendiges historisches Element der Vereinigung der europäischen Staaten ist. Nach der Deutschen Einheit muss als

zweiter Schritt die Einheit bzw. die Wiederherstellung Europas erfolgen.

Um das tief sitzende Vorurteil aufzubrechen, Deutschland sei nur das Zahlerland für die neuen Mitglieder der EU, muss aber auch erläutert werden, dass die Osterweiterung unserem Land handfeste wirtschaftliche Vorteile bringen wird. Wir wissen natürlich alle, dass das Interesse unserer Bevölkerung am Thema Europa noch äußerst begrenzt ist und dass sich die Wahrnehmung europäischer Entwicklungen erst sehr schwach ausgeprägt hat. Sicher haben europäische Themen keine Chance, beispielsweise mit den Einschaltquoten für „Big Brother“ und „Lindenstraße“ zu konkurrieren. Aber selbst elementare Themen, wie die bereits in einem halben Jahr bevorstehende Einführung des Euro, stoßen noch immer mehrheitlich auf Vorbehalte, Skepsis und Ablehnung, wie die Ergebnisse von Umfragen zeigen.

Auch aus diesem Grund haben wir heute diese Veranstaltung organisiert. Wir haben ausgewiesene Experten, die zugleich Repräsentanten der vier in unserem Landesparlament vertretenen Parteien sind, zu unserer Podiumsdiskussion eingeladen – gemeinsam mit Ihnen. Sie gehören dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament an. Es ist ein Versuch, sozusagen ein Experiment, die Öffentlichkeit mit dieser außerparlamentarischen Veranstaltung innerhalb der Europawoche anzusprechen. Wir wollen zugleich auch den Appell der Staats- und Regierungschefs ernst nehmen, die in Nizza dazu aufgerufen haben, in diesem und im kommenden Jahr auf allen Gebieten „eine breit angelegte Diskussion über die künftige Entwicklung der Europäischen

Union auf allen Ebenen zu organisieren“.

Ich freue mich, als Teilnehmer auf dem Podium Frau Heide Rühle, Mitglied des Europäischen Parlaments, Herrn Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Helmut Haussmann, Herrn Jo Leinen, ebenfalls Mitglied des Europäischen Parlaments, und Herrn Dr. Pflüger, Vorsitzenden des Europaausschusses des Deutschen Bundestags, begrüßen zu können. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Herrn Klaus Peter Möller, der auch zu dieser Veranstaltung eingeladen hat, die besten Grüße übermitteln, zumal er für Hessen stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen ist. Er lässt sich kurzfristig für heute entschuldigen. Bei der Wahl des heutigen Datums ist uns eine Panne passiert. Es wurde nicht berücksichtigt, dass an diesem Freitag der Bundesrat tagt. Deshalb lassen unser Europa-minister Herr Riebel, der zugleich Chef der Staatskanzlei und für Bundesratsangelegenheiten zuständig ist, und sein Staatssekretär Dr. Beermann, die bei der Sitzung in Berlin anwesend sein müssen, ihre Abwesenheit entschuldigen. Sie übermitteln unserer Veranstaltung ebenfalls die besten Wünsche.

Glücklicherweise gibt es noch mehr engagierte Europäer im hessischen Kabinett. Ich freue mich deshalb sehr, dass die frühere Europaabgeordnete und heutige Sozialministerin des Landes Hessen, Frau Mosiek-Urbahn, für die Landesregierung ein Grußwort sprechen wird.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich ebenfalls, dass ein kompetenter Medienvertreter als Moderator unserer heutigen Diskussionsrunde gewonnen werden konnte: Herr Klaus-Dieter Frankenberger, Redakteur für Außen- und Europapolitik bei der „FAZ“.

(Allgemeiner Beifall)

Er hat am vergangenen Freitag in seinem Leitartikel – das hat mich sehr beeindruckt – Europa als „institutionelle Dauerbaustelle“ bezeichnet. – Herzlich willkommen, Herr Frankenberger.

Ich sehe auch viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag – nicht nur aus unserem Ausschuss. Ich freue mich, Frau Osterburg, Frau Degen, Herrn Holzapfel, Herrn Klein, Herrn Dr. Lübcke und Herrn von Hunnius herzlich begrüßen zu können.

Ich freue mich, dass zwei Klassen der Wiesbadener Europaschule Dr. Obermayr anwesend sind. Ich denke, dass diese Veranstaltung für sie eine lebendige Doppelstunde in Gemeinschaftskunde sein wird.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, dass Herr Bengel von der Europa-Akademie, der draußen einen Stand errichtet hat, diese Veranstaltung umrahmt. Ich darf auch einen Gast von jenseits des Rheins begrüßen: Herrn Diehl, Direktor beim Landtag von Rheinland-Pfalz. – Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Einführung

Ministerin **Marlies Mosiek-Urbahn**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender und Landtagsabgeordneter Lenz, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete aus Bundestag und Landtag, sehr geehrter Herr Frankenberger, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Sie, wie schon angekündigt, herzlich begrüßen und gleichzeitig die Grüße der gesamten Hessischen Landesregierung übermitteln, insbesondere des Ministerpräsidenten Roland Koch. Sie dürfen davon ausgehen, dass ich das sehr gern tue, denn als ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments verfolge ich die Themen, die sich um Europa ranken, natürlich nach wie vor mit großem Interesse. Ich wünschte, mein Ressort ließe mir sehr viel mehr Zeit, mich mit dieser Thematik auseinander zu setzen.

Ihr Thema ist Europa nach dem Europäischen Rat von Nizza. Das Ziel des Gipfels von Nizza war, Europa fit für die Osterweiterung zu machen. Das ist eine Zielsetzung, die mich seit Jahren begleitet. Europa fit zu machen für die Osterweiterung, war das Thema schlechthin auch der Legislaturperiode, während der ich im Europäischen Parlament war, nämlich von 1994 bis 1999.

Ich kann feststellen, dass die Europäische Union, genau wie es eben skizziert worden ist, eine institutionelle Dauerbaustelle ist. Wir machen Fortschritte, aber es sind Fortschritte in sehr kleinen Scheiben. Man kann die heu-

tige Entwicklung Europas erst wirklich erfassen, wenn man einmal die vergangenen 50 Jahre im Zeitraffer an sich vorbeiziehen lässt und wahrnimmt, dass doch tatsächlich sehr viel geschehen ist. Wenn ich auf die letzten fünf oder sechs Jahre zurückblicke, habe ich das Gefühl, dass wir nicht sehr weit gekommen sind, was die eigentliche Zielsetzung, die wir während der ganzen Legislaturperiode 1994 bis 1999 diskutiert haben, angeht. Nichtsdestoweniger: Es gab Fortschritte.

Aber allein die Wortschöpfung „Post-Nizza-Prozess“ legt die Einschätzung nahe, dass es auch nach dem Gipfel von Nizza sehr viel zu tun gibt. Wie nicht anders zu erwarten war, hat man sich auf die nächste Regierungskonferenz im Jahr 2004 vertagt, eine Regierungskonferenz, der man natürlich weitaus höhere Erwartungen entgegenbringt, denn dann steht die Osterweiterung unmittelbar bevor. Dann wird es zum Schwur kommen, und die Weichenstellungen müssen erfolgen.

Wenn ich mir die Ergebnisse von Nizza ansehe, komme ich zu dem Schluss, dass wir keine wirklichen Durchbrüche erzielt haben. Wir haben Fortschritte erzielt, bei denen es sich in Wirklichkeit nur um Nuancen handelt. Was die Institutionen Kommission, Rat und Parlament angeht: sie alle müssen gestärkt werden. In den einzelnen Beschlussfassungen ist das geschehen, aber sie haben noch längst nicht die institutionelle Ausgestaltung, die sie benötigen, um Europa für ein Europa der 26 oder 30 Mitgliedstaaten fit zu machen.

Wie auch immer die endgültige Mitgliederzahl aussehen wird, es scheint mir sehr wichtig zu sein, eines fest-

zustellen: Dass Europa die eben erwähnten Akzeptanzprobleme ernst nimmt, zeigt sich für mich insbesondere in den Bemühungen – nicht nur in den Bemühungen; sie haben ja zum Erfolg geführt –, eine Charta der Grundrechte zu verabschieden. Das ist in meinen Augen der wirkliche Fortschritt dieser Konferenz gewesen, denn schriftlich in der Charta niedergelegte Grundrechte führen zu mehr Klarheit über einzelne Rechtspositionen und ihre Reichweite, und sie gewährleisten somit ein deutliches Stück mehr Rechtssicherheit für den einzelnen EU-Bürger.

Sie stellen in meinen Augen vor allen Dingen eine Orientierungshilfe für die Beitrittskandidaten dar. Darüber hinaus bin ich mir sicher, dass sie auch einen Beitrag zur europäischen Identitätsbildung bzw. zu ihrer Vertiefung leisten.

Interessant ist die Frage nach dem, was nach Nizza offen geblieben ist. Damit werden Sie sich in den nächsten Stunden im Einzelnen befassen. Wir haben die Vorgabe – darüber sind wir uns alle einig –, dass wir vom Grundsatz her nach wie vor mit den Strukturen arbeiten, die aus der Gründerzeit eines Europas, das aus sechs Mitgliedstaaten bestand, stammen. Das ist keine Basis für ein erweitertes Europa. Im Vordergrund stehen für uns alle unbestreitbar die Forderungen nach mehr Demokratie und Transparenz und nach einer klaren Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten.

In diesem Punkt möchte ich auf keinen Fall falsch verstanden werden. Gerade als ehemalige Abgeordnete des

Europäischen Parlaments ist es mir wichtig, klarzustellen: Eine effektive Wahrnehmung zahlreicher staatlicher Aufgaben ist heute einfach nicht mehr möglich und nicht mehr denkbar ohne eine Regelung auf europäischer Ebene. Niemand wird aber bestreiten, dass lange Zeit nicht in erforderlichem Maß darauf geachtet worden ist, ob die Hoheitsrechte, die man der Union übertragen hatte, tatsächlich solche der Union der Gesamtstaaten waren oder ob es nicht solche der Länder bzw. der Regionen waren.

Das ist auch eine Folge der bei der Integration in den ersten 50 Jahren verfolgten „Methode Monnet“, wie es immer so schön heißt. Denn ohne ein konkretes Endziel, über das man ohnehin noch keine Einigung erzielt hatte und auch nicht erzielen konnte, bewegte man sich in kleinen Schritten auf eine immer tiefere Integration zu, ohne zu wissen, wohin der Weg letztendlich führte.

Aus meiner Sicht wurde der Weg der politischen Weiterentwicklung immer durch die Weiterentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet vorgegeben. Es gab immer erst einen Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiet, der eine entsprechende Entwicklung auf politischem Gebiet nach sich gezogen hat. Diese Vorgehensweise bringt beim gegenwärtigen Stand der europäischen Integration folgende Gefahr mit sich: Wenn wir nicht aufpassen, droht eine schleichende Ausdehnung der oft recht unscharf formulierten Kompetenzen der EU, und es droht eine nach wie vor konzeptionslos fortschreitende Zentralisierung auf Unionsebene.

In Deutschland haben sich die Länder inzwischen im

Grundgesetz Mitwirkungsrechte erkämpft – sozusagen als Ausgleich für die an die EU verloren gegangenen Kompetenzen. Über den Bundesrat wirken die Länder bei der Willensbildung in Sachen europäischer Zuständigkeiten mit, die die Bundesländer betreffen. Deutschland wird im Rat, wenn es um ausschließliche Angelegenheiten der Länder geht, interessanterweise nicht durch einen Vertreter des Bundes, sondern durch einen Vertreter der Länder repräsentiert.

Die Beantwortung der noch offen stehenden Fragen bleibt also dem so genannten Post-Nizza-Prozess vorbehalten. Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder wollen sich auf die nächste Regierungskonferenz vorbereiten und sich auf eine gemeinsame Linie einigen, um den Interessen der Länder und Regionen Nachdruck zu verleihen. Was die Sozialpolitik anbetrifft, haben die so genannten B-Länder, nämlich Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen und Thüringen unter Federführung meines Ministeriums bereits einen Katalog erarbeitet, in dem Kompetenzen aufgeführt sind, die auf jeden Fall in der Hand von Bund und Ländern bleiben müssen, Kompetenzen also, die nicht auf die EU übertragen werden dürfen oder sogar wieder an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden müssen. Es muss klar definiert werden, wo die Grenzen gezogen werden sollen.

Der Kernpunkt des Papiers der B-Länder lautet: Um eine Ausweitung der Kompetenzen der EU über ihren im Vertrag festgelegten Umfang hinaus zu verhindern, müssen die Bereiche positiv festgeschrieben werden, in denen die Europäische Union die Zuständigkeiten der

Mitgliedstaaten umfassend zu respektieren hat.

Nun könnte der Einwand kommen, mit einem solchen Festschreiben der Bereiche – zusammen mit der Grundrechtecharta – käme man einer europäischen Verfassung und damit auch einem Bundesstaat Europa gefährlich nahe. Tatsache ist aber, dass gerade die ausgewiesenen Kritiker jedes Brüsseler Zentralismus eine klare Festlegung der Kompetenzen der Union in einem Verfassungsvertrag fordern. Genau davon erhoffen sie sich einen Zuwachs an Klarheit und Rechtssicherheit und vor allem auch Berechenbarkeit der Brüsseler Politik. Spätestens seit Nizza ist diese Erkenntnis auch bei anderen europäischen Mitgliedstaaten mehr und mehr zum Allgemeingut geworden.

Ein – wenn Sie so wollen – Grundvertrag über die Kompetenzen und Pflichten wäre sicher ein Gewinn an Rechtssicherheit für alle Beteiligten, ohne dabei die Union zu einem echten Bundesstaat zu machen.

Meine Damen und Herren, mir ist die Aufgabe zugefallen, ein Grußwort an Sie zu richten. Damit genieße ich das Privileg, dass man von mir nicht erwarten kann, in wenigen Minuten wertvolle Beiträge zur Lösung dieses Problems zu liefern. Das ist nicht einmal den Experten in tage- und nächtelangen Diskussionen gelungen. Ich befürchte, dass es auch Ihnen heute nicht gelingen wird. Ich wünsche mir, dass Sie heute aus dieser Veranstaltung mit dem Gefühl hinausgehen, dass doch der eine oder andere Aspekt vertieft werden konnte und dass Sie an der einen oder anderen Stelle mehr Klarheit für sich selbst gefunden haben bzw. dass Sie stärker sensibili-

siert sind, als Sie es vorher waren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Veranstaltung.

(Allgemeiner Beifall)

Moderation

Moderator **Klaus-Dieter Frankenberger**: Frau Ministerin, vielen Dank für diese freundliche Einführung. – Meine Damen und Herren, auch von der Seite des Podiums her heiße ich Sie herzlich willkommen. Wir hoffen, dass wir den Ball, den uns Frau Mosiek-Urbahn zugeworfen hat, auffangen können und ein bisschen mehr Klarheit schaffen werden. Denn es ist ein Grunddilemma der europäischen Politik, dass eigentlich keiner richtig weiß, wer was macht und warum er es macht. Wir haben ein hochkarätiges Podium und natürlich auch ein hochkarätiges Publikum. Das sind besonders die Schüler von der Europaschule Dr. Obermayr. Es ist schön, dass Sie heute anwesend sind.

Ein Moderator hat nicht die Aufgabe, zu reden, sondern er hat die Aufgabe, andere am langen Reden zu hindern. Ich erlaube mir dennoch ein paar Bemerkungen, denn ich möchte gern ein paar Kulissen aufbauen, vor deren Hintergrund wir hier diskutieren können.

In wenigen Monaten werden wir den Euro bekommen. Der Euro wird unsere alltägliche Erfahrung und unser Bewusstsein von Europa ändern, ob wir ihn mögen oder nicht. Er wird eine neues Datum in dem setzen, was wir alltägliche Erfahrung nennen. Vielleicht wird es dazu beitragen, so etwas wie ein neues europäisches Gefühl zu schaffen – auch bei denen, die ihm skeptisch gegen-

überstehen –, wenn man mit dem Wagen von Deutschland nach Portugal fährt und kein Geld mehr umtauschen muss. Vielleicht ist es so; wir wissen es nicht.

Der zweite gravierende Punkt ist die Osterweiterung. Wenn Sie sich die Zeitungen der letzten Tage ansehen, merken Sie, dass es ernst wird. Woran merken Sie, dass es ernst wird? – Die Äußerungen der führenden Politiker – man könnte fast sagen – auf allen Seiten werden ruppiger. Das Visier wird heruntergelassen. Man beharrt auf dem, was man glaubt, besitzen zu können. Besitzstands- und Verteilungskämpfe werden die nächsten Monate bestimmen.

Spanien beharrt auf seinen Strukturmitteln, die Franzosen beharren auf Subventionen für ihre Agrarwirtschaft, die Deutschen haben ihr Sonderanliegen mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, wenn Polen und andere neue Mitglieder beigetreten sein werden, und die Skandinavier wollen Umweltstandards de luxe haben. So geht es weiter und weiter, denn jeder hat ein Sonderanliegen. Es wird sehr schwer werden.

Der nächste Punkt ist, dass das Ganze nicht mehr im luftleeren Raum stattfindet, sondern vor dem Hintergrund der wachsenden Skepsis der Bürger. Ob das alles richtig und gut ist, versteht keiner. All das ist nicht transparent. Das Gerede von der Transparenz kann mittlerweile niemand mehr hören, denn es wird immer komplizierter. Nur ein radikaler Schnitt würde Abhilfe schaffen, aber den will keiner.

Es ist unter anderem die Aufgabe einer solchen Diskus-

sion, herauszufinden, wie man die Bürger zurückgewinnen kann. Ich bin sehr froh, dass heute viele Zuhörer in diesen wunderschönen Landtag gekommen sind.

Die Debatte über den Gipfel von Nizza ist im Gang. Manche fürchten sie, weil sie Position beziehen müssen; andere betreiben sie. Sie ist sowohl in großem als auch in nicht ganz so großem Stil im Gange. In nicht ganz so großem Stil findet sie hier statt. – In den Regionen gibt es Positionen, wie sie uns die Frau Ministerin eben vorgetragen hat.

Der Bundeskanzler hat in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender einen Beitrag zu dieser Debatte geleistet. Es ist eine der Merkwürdigkeiten in Deutschland, dass große Reden immer von Privatleuten oder Parteipolitikern gehalten werden. Im Ausland werden sie allerdings zur Kenntnis und ernst genommen. – Der Bundeskanzler hat also einen Debattenbeitrag geleistet. Er hat damit eine vorsichtige Antwort auf die Frage gegeben, wer was in Europa machen soll und wie das institutionelle Gefüge dieses neuen Europas aussehen könnte. Man kann sagen, es ist kein Zufall, dass sich das Modell, das er im Sinne hat, relativ nahe an dem deutschen föderativen Modell orientiert. Es ist ebenfalls kein Zufall, dass dieses Modell in den deutschen Partnerländern auf alles andere als auf Begeisterung stößt. Man könnte sogar sagen: Herr Schröder hat in ein wunderbares Wespennest gestochen.

In Frankreich sind die Stellungnahmen erhitzt und empört. „Verdross; der Motor funktioniert nicht; Alleingänge“, heißt es. Wie Sie vielleicht wissen, waren die Reaktio-

nen in Deutschland alles in allem positiv, fast sogar großkoalitionär positiv. Die Schlampigkeit des Entwurfs wurde ein bisschen moniert, dass nicht richtig abgestimmt worden sei und dass vielleicht nichts daraus werde, weil nach dem Stein, der ins Wasser geworfen wurde, nichts nachkomme. – Der Außenminister hat auch diese Angewohnheit, einmal im Jahr eine große Rede zu halten, und dann passiert nichts.

Nichtsdestoweniger: Meine persönliche Meinung lautet, dass diese Debatte notwendig ist. Wir müssen wissen, was wir mit dem großen Europa machen wollen, wir müssen wissen, wer es machen soll, wir müssen wissen, welche Rolle den Nationalstaaten vorbehalten bleibt, und wir müssen wissen, in welcher Weise sich Länder, Regionen und Kommunen einbringen und darstellen sollen und was sie, die Bürger, überhaupt davon halten.

Eines ist allerdings klar: Man kann sich schwer vorstellen, dass ein Europa, das bald 30 Mitglieder haben wird, noch so regiert wird wie vor 20 Jahren – es sei denn um den Preis der Handlungsunfähigkeit und schleppender Entscheidungen. In nicht allzu ferner Zeit – nicht morgen, aber auch nicht erst in 20 Jahren – wird die EU 30 Mitglieder haben. Aber wie steht es denn mit der Demokratie, wenn in Brüssel alles ruck, zuck entschieden werden kann, wie es sich der Bundeskanzler vielleicht denkt? – Das sind wichtige Fragen.

Herr Haussmann, Sie haben zuerst das Wort. Herr Haussmann gehört seit 1976 dem Deutschen Bundestag an. Er ist europapolitischer Sprecher der Fraktion der FDP und gehört seit 1991 dem Europapolitischen

Ausschuss an.

Podiumsdiskussion

Prof. **Dr. Helmut Haussmann**: Ich freue mich, dass ich als Vertreter einer kleineren Partei, die sich immer sehr stark für Europa engagiert hat – in der Ostpolitik, für den Euro und jetzt für die Osterweiterung –, beginnen darf. Damit die Veranstaltung nicht uniform wird, möchte ich sozusagen als Oppositionsvertreter sprechen.

Die erste Gefahr sehe ich darin: Schon der Begriff „Post-Nizza-Prozess“ – nach Nizza – zeigt ein gewisses Fluchtverhalten der Politik, die sich von einem misslungenen Gipfel absetzen will. Nach meiner Analyse hat Nizza nur formal, aber nicht faktisch die Voraussetzungen für die Osterweiterung geschaffen. Faktisch kann die Osterweiterung nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mehrheitsentscheidung zum Prinzip erklärt wird, nicht das Veto.

Da stellt sich schon die erste Frage: Wie halten es die Kollegen mit der Ratifizierung von Nizza? Hat das Europaparlament Power? Alle haben das Ergebnis kritisiert. Widerspricht man dem? – Nur so gewinnt das Parlament an Gewicht. Wenn gesagt wird: „Die regieren in Deutschland mit, der Bundeskanzler will es nicht, Herr Fischer will es nicht, aber wir stimmen mit der geballten Faust in der Tasche zu“, hat das Europaparlament meines Erachtens erneut eine Machtprobe verloren. Im Bundestag ist es unterschiedlich: Herr Pflüger neigt mehr zur Zustimmung. Ich werde dem ohne Verbesserungen des Nizza-Prozesses nicht zustimmen. – Das ist die eine Frage.

Bei der zweiten Frage handelt es sich meines Erachtens um die Notwendigkeit einer Doppelstrategie. Ich unterstreiche die Aussage, dass es nach Nizza um das große Ziel einer Verfassung geht. Dabei sehe ich allerdings zwei Probleme:

Erstens. Sie haben völlig zu Recht angesprochen, dass die eigentlich wichtigen europäischen Europaprojekte – Einführung des Euro und die Osterweiterung – nicht mit der Unterstützung zum Erfolg geführt werden, die ich für richtig halte. Ich sehe ein gewisses Fluchtverhalten, das auch etwas deutsch anmutet: Verfassung, rechtspolitische Betrachtungen. Wir sollten vor der Einführung des Euro wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch mehr tun, damit der Euro stärker wird. In den Augen der Menschen ist er leider eine weiche Währung, was faktisch nicht stimmt, denn der innere Wert des Euro ist da. Es macht uns aber Probleme, wenn in den Medien ständig nur der Außenwert betont wird. Der Euro hat eine enorme identitätsstiftende Wirkung für Europa.

Zweitens. Bei der Osterweiterung sehe ich im Moment eine gewisse Tragik, gerade was das deutsch-französische Verhältnis betrifft. Die Deutschen wollen unendlich lange Übergangsfristen. Das ist für die Osteuropäer nicht annehmbar, denn die Freizügigkeit der Menschen ist eines der vier Grundrechte in Europa. Die Spanier und Franzosen verbinden das mit Geldforderungen, sodass wir schon mitten in der Problematik sind. Insofern sehe ich eine gewisse Tragik darin, dass der Wahlkampf in Deutschland und Frankreich dazu führt, dass ein so wichtiges Land wie Polen nicht pünktlich zur Europawahl wird

eintreten können.

Das ist aus meiner Sicht eine gewisse Umkehrung der Politik von Willy Brandt und Walter Scheel, die ich für richtig halte. Brandt und Scheel haben damals die Ostpolitik zum Wahlkampfthema gemacht. Man hat mit europapolitischen Fragen einen Wahlkampf geführt. Das war damals strittig mit der CDU, aber man hat sich durchgesetzt.

Das ist mein Schlusswort: Im Moment sehe ich in Deutschland, in Frankreich und in Spanien die große Gefahr, dass die wichtigen europapolitischen Integrationsthemen für die Innenpolitik instrumentalisiert werden und dass es keine Führungspersönlichkeiten, wie damals Helmut Kohl, Willy Brandt oder Walter Scheel, gibt, die wichtige strittige europapolitische Themen positiv darstellen und damit auch Emotionen wecken können. Unsere Betrachtung der Europapolitik ist sehr defensiv. Das bedauere ich.

Klaus-Dieter Frankenberger: Ich glaube, Ihrer Feststellung, dass man die großen Führungspersönlichkeiten an den Fingern einer Hand abzählen kann, wird kaum widersprochen werden – Staatsmänner mit visionärer Kraft, die gegen die öffentliche Meinung, gegen den Rat der Wissenschaftler und gegen die in Zeitungen und Zeitschriften geäußerten Auffassungen ein Projekt durchsetzen, weil sie es im gesamteuropäischen Interesse für richtig halten, wie es vor zehn Jahren beim Euro der Fall war.

Herr Chirac kennt vielleicht in Frankreich jeden Bauern mit Vornamen; für Europa interessiert er sich dagegen wenig. Herr Blair wollte einmal Großbritannien nach Europa zurückführen. Mittlerweile hat er die Lust verloren. Herr Schröder ist auf einer Lernkurve. Er fing ganz unten an, aber jetzt hat er das Einmaleins vielleicht ein wenig gelernt. Doch echte visionäre Kraft finden wir nirgends.

Frau Rühle, hat das Europaparlament visionäre Kraft? Was verlangt das Parlament von dem Post-Nizza-Prozess?

Heide Rühle: Ich möchte die Staatsmänner verteidigen. Walter Scheel und Willy Brandt standen natürlich nicht vor der Bewährungsprobe, vor der die heutigen Staatsmänner stehen. Europa wird sich mit der Osterweiterung und der Südosterweiterung – man darf nicht vergessen, dass es auch noch um Malta und Zypern geht – wesentlich verändern. Europa wird sich in seinen Grundfesten verändern, seine sozialen Probleme werden sich verändern, in jeder Hinsicht wird es sich verändern.

Gerade deshalb bedauern wir natürlich, dass der Rat von Nizza wenig Konkretes beschlossen hat, was die Mehrheitsentscheidungen angeht. Ich kann Herrn Haussmann verstehen, wenn er jetzt sagt: Die Nagelprobe wird sein, ob das Europaparlament Nizza zustimmen wird oder nicht. – Das Europaparlament hat die Ergebnisse von Nizza am massivsten kritisiert, und zwar fraktionsübergreifend. Ich muss dazu sagen, dass wir Nizza nicht ratifizieren können, denn das ist immer noch

nicht das Recht des Europaparlaments. Herr Haussmann, das wissen Sie auch. Ob wir zustimmen oder nicht, ist de facto irrelevant. Wir haben damit keinen Einfluss auf die Endentscheidung. Es ist nur eine politische Wertung.

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir zustimmen sollten. In meiner Fraktion befinde ich damit in der Minderheit. Die große Mehrheit meiner Fraktion – übrigens auch Daniel Cohn-Bendit – wird dagegen stimmen. Ich bin deshalb dafür, dass wir zustimmen, weil ich zwei konkrete Probleme sehe.

Erstens. Eine weitere Regierungskonferenz, die ebenso wie die in Nizza zusammengesetzt ist, wird genau das gleiche Ergebnis bringen. Nichts anderes wird dabei herauskommen. Nizza hat gezeigt, dass die Staatsmänner ihre Egoismen nicht überwinden können. Nizza hat auch gezeigt, dass wir in Zukunft wichtige Regierungskonferenzen anders vorbereiten müssen. Ich halte es für relativ nutzlos, noch einmal eine Regierungskonferenz in dieser Form durchzuführen, die uns dies lediglich bestätigt.

Deshalb halte ich es für richtig, dass sich das Parlament auf die Forderung konzentriert, die nächste Regierungskonferenz, die auch wesentliche Aussagen zur künftigen europäischen Verfassung treffen muss, solle durch eine parlamentarische Versammlung sowie durch Vertreter des Europaparlaments und der nationalen Parlamente vorbereitet werden. Eine Parlamentarische Versammlung hat eine ganz andere Legitimität als die Regierungschefs. Vor allem sind es nicht die Regierungs-

chefs, die die Vorbereitungen durchführen. Es sind vielmehr die politischen Beamten, die diese Regierungskonferenzen hinter geschlossenen Türen vorbereiten. Ich frage: Welche Legitimität haben die politischen Beamten, solche wesentlichen Schritte zu unternehmen? Die Regierungschefs fliegen für drei Tage ein und müssen sich natürlich auf das stützen, was bereits vorbereitet worden ist.

Deshalb bin ich der Meinung, wir brauchen eine an mehr Demokratie orientierte Form der Vorbereitung. Wir brauchen eine Parlamentarische Versammlung, die künftige Regierungskonferenzen vorbereitet, genauso wie z. B. auch die Grundrechtecharta durch solch eine Parlamentarische Versammlung vorbereitet worden ist. Die meisten sind sich sicherlich darin einig, dass das Positivste an Nizza die feierliche Proklamierung der Grundrechtecharta war. Die Grundrechtecharta kam auch deshalb zustande, weil niemand mehr – auch Blair nicht – einen Rückzieher machen konnte, nachdem bereits die Vertreter der nationalen Parlamente und des Europaparlaments so weit gegangen waren. Wir brauchen für künftige Regierungskonferenzen ein Konventsmodell. Das halte ich für zentral.

Zweitens. Die Osterweiterung ist ein weiterer Punkt, weshalb ich der Meinung bin, dass wir Nizza nicht ablehnen sollten. Ich bin allerdings der Meinung, dass wir uns keine weiteren zeitlichen Verzögerungen leisten können und dass das Parlament nicht aufgrund eigener Interessen sagen kann: Wir wollen Nizza nicht zustimmen, wir wollen eine Verlängerung der Debatte. – Ich bin der Meinung, dass gerade wir als Parlamentarier dafür ein-

treten müssen, dass die ersten osteuropäischen Länder schon vor den nächsten Europawahlen Mitglieder der EU sein können. Das wird schwierig.

Ich sehe auch, dass die nationalen Interessen wieder die Oberhand gewinnen. Die Debatten sind so, wie sie auch schon vor und während des Gipfels von Nizza waren: Die Spanier wollen nicht auf die lukrativen Strukturfonds verzichten, die Franzosen nicht auf die lukrativen Agrarzuwendungen. Ich fand es auch nicht ganz glücklich, wie die Bundesregierung mit der Frage der Freizügigkeit, d. h. mit den Übergangsfristen, umgegangen ist: Ich persönlich kann das verstehen, denn es gibt in Deutschland große Ängste, was die Frage der Freizügigkeit angeht. Man braucht differenzierte Modelle. Eine einfache Verlängerung der Übergangsfristen auf sieben Jahre löst nicht die Probleme der Bundesländer, die direkt an den Grenzen liegen, und löst auch nicht die Probleme eines unterschiedlichen Arbeitsmarktes.

Ich bin für flexible Lösungen. Vor allem bin ich für eine Lösung, die relativ früh wieder überprüft, und zwar in der Form, wie es die Kommission vorhat: eine Überprüfung dieser Regelung spätestens nach zwei Jahren, nicht von vornherein eine Festlegung auf sieben Jahre. Mit der Festlegung auf eine Überprüfung nach sieben Jahren würden wir den Polen und den anderen osteuropäischen Ländern demonstrieren, dass wir nicht mit offenen Armen auf sie zugehen, sondern in erster Linie Angst vor der Osterweiterung haben.

(Allgemeiner Beifall)

Klaus-Dieter Frankenberger: Sie haben ein eindrucksvolles Plädoyer dafür gegeben, dass wir nicht vergessen dürfen, dass wir auch in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei und in anderen Ländern Zuschauer haben, die genau verfolgen, welche Debatte wir hier führen. Sie merken, dass die Verteilungskämpfe in der alten Union schärfer werden. Ihnen wird das Gefühl vermittelt, dass sie eigentlich nicht richtig willkommen seien. Vor Jahren sei zwar der Grundsatzbeschluss ergangen, die EU zu erweitern, weil das historisch, politisch, strategisch und moralisch notwendig sei – was alles richtig ist –, aber in der Verwirklichung dieser Grundsatzentscheidungen würden jetzt alle möglichen Hindernisse aufgebaut.

Wir werden sehen, welche und wie viele Länder im Jahr 2004 an den Europawahlen teilnehmen werden. Ich glaube, sollte ein Parlament dagegen stimmen – und sei es das Parlament, das sozusagen de jure nicht an diesem Ratifikationsbeschluss beteiligt ist, nämlich das Europäische Parlament –, würden in Warschau und Prag die Alarmsirenen losgehen.

Frau Rühle ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei der Grünen. Ebenso lange gehört Herr Leinen, ein Sozialdemokrat, dem Europäischen Parlament an. Sie waren auch in dem Ausschuss, der sich Gedanken über die Fortentwicklung der Europäischen Union gemacht hat. Sind diese Gedanken in Nizza in irgendeiner Form aufgegriffen worden? Was sagen Sie zu den Zukunftsaufgaben der Europäischen Union?

Jo Leinen: Wir wissen alle, dass wir in einer historischen Phase leben und dass Europa im ersten Jahrzehnt dieses neuen Jahrhunderts sein Gesicht stark verändern wird. Ich habe mir im Geschichtsunterricht immer besonders gern die Landkarte angeguckt, um zu sehen, wie sich über die Jahrhunderte hinweg die Grenzen verschoben haben. Mit unterschiedlichen Farben ist immer schön markiert worden, wo eine Einheit begann und wie sich das verschoben hat.

Man kann sagen, dass die Landkarte Europas in den nächsten Jahren neu gezeichnet werden wird. Im Jahr 2010 wird es in Europa eine neue Einheit geben, nämlich die Vereinigung von West- mit Mittel- und Osteuropa. Spätere Generationen werden sehen, dass es genau dieser Moment der Geschichte war, in dem so etwas möglich worden ist. Ich glaube, wir stehen vor einer ganz großen Aufgabe, die wir beherzt anpacken müssen. Ich habe auch keinen Zweifel daran, dass wir sie bewältigen können. Die Mittel und Möglichkeiten sind da.

Der Weg ist schwierig, aber es gibt keine Alternative dazu, und deshalb bin ich sehr optimistisch, dass die Vereinigung trotz aller Pokerspiele, die jetzt z. B. auch um die Verteilung der Pfründe beginnen, am Ende gelingen wird; denn die Alternative für Europa wäre schrecklich. Wir würden die Völker verstoßen bzw. weiterhin vor der Tür stehen lassen, denen wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs versprochen haben, dass sie Mitglied derselben Gemeinschaft werden können, wenn sie Demokratie und Freiheit erreicht haben.

Die Einführung des gemeinsamen Geldes ist ebenfalls historisch notwendig. Es wird einige Probleme beim Übergang zu der neuen Währung geben. Man kann jetzt schon sehen, dass die Preise sich auf wundersame Weise verändert haben, und zwar meistens leider nach oben, nicht nach unten, weil die Wirtschaft und die Industrie bereits jetzt vorwegnehmen, wie sie am Jahresende umrechnen müssen. Das ist unangenehm, aber ich meine schon, dass der historische Akt der Einführung einer Währung, die in der ganzen Europäischen Union geteilt wird – Geld ist ein Herzstück der nationalen Souveränität oder der Souveränität überhaupt –, eine gigantische Bedeutung hat und auch viele Folgen für den weiteren Einigungsprozess nach sich zieht. Eines stimmt: Man kann keine Währungsunion schaffen, ohne eine Politische Union nachfolgen zu lassen. Alle Währungsunionen in der Geschichte sind fehlgeschlagen, wenn keine Politische Union gefolgt ist.

Deshalb sage ich: Wenn wir eine europäische Währung haben, brauchen wir auch eine europäische Regierung. Wir brauchen ein politisches Handlungszentrum, das diese Währung stützen kann und alle anderen Politiken effektiv koordiniert, die man um eine Währung herum hat. In der Haushaltspolitik ist es heute schon so, dass die Länder eigentlich keine Selbständigkeit mehr haben, weil sie nicht mehr als 3 % Schulden machen dürfen – ein völliges Novum, wie man feststellt, wenn man sich die Schuldenspirale der letzten drei bis vier Jahrzehnte ansieht.

Stichwort Wirtschaftspolitik. Es kann nicht sein, dass sie

in einem Land mit Vollgas läuft, während man in einem anderen Land auf zwei Bremsen steht. Das kann man aktuell am Beispiel Irland festmachen. Das Land befindet sich erfreulicherweise in einer Boomphase, die aber negative Folgen für das Gesamte hat. Irland muss natürlich sehen, dass man genau hinterfragt, wie die Überschüsse, die es erwirtschaftet, zustande kommen. Wenn es in Irland eine Steueroase gibt und man als Unternehmer dort mehrere Jahre lang keine Steuern mehr zahlen muss, ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen, dass die Gemeinschaft die irischen Freunde daran erinnert, sich bei den Unternehmensteuern dem Niveau anzunähern, dass wir in der Gemeinschaft haben.

Im Bundestag, d. h. im Europaausschuss, wo ich mich kürzlich mit demselben Thema beschäftigt habe, hat Herr Pflüger folgende Order ausgegeben: Jeder, der noch das Wort „Post-Nizza-Prozess“ in den Mund nimmt, muss 5 DM zahlen. Da kam natürlich die Frage auf: Wie sollen wir denn die Phase jetzt nennen?

Für mich ist völlig klar, dass wir uns jetzt im Verfassungsprozess befinden. Wir sollten sie daher den „Verfassungsprozess“ nennen, der jetzt von Nizza ausgerufen wurde. Ich habe mit der Union Europäischer Föderalisten und der Europa-Union vor drei Jahren in Deutschland die Kampagne für eine europäische Verfassung mit eingeleitet. Ich muss sagen, dass ich sehr erfreut bin über das, was sich getan hat. Wir hatten über lange Zeit Stillstand. Man hat sich der Engländer, der Skandinavier und der Franzosen wegen sehr gescheut, das Wort überhaupt in den Mund zu nehmen oder die Finalität der europäischen Einigung öffentlich zu disku-

tieren.

Jetzt ist das Eis gebrochen, der Knoten ist durchschlagen. Es freut mich, dass deutsche Spitzenpolitiker einen entscheidenden Anteil daran haben; die Rede von Joschka Fischer war die Ouvertüre. Die Debattenlage hat sich völlig verändert, und es freut mich als Sozialdemokrat, dass mein Parteivorsitzender mit diesem Leitantrag etwas angestoßen hat, was einem Stich ins Wespennest gleichkommt. Ich habe das diese Woche in Berlin beim Europaparteitag der Sozialdemokraten sehen können.

Wir wissen alle, dass die anderen sagen müssen – neben dem Gemurmel, das am Anfang vorhanden ist –, was sie denn für Alternativen haben. In Deutschland sind wir uns an der Stelle ziemlich einig – da brauchen wir uns auch nicht künstlich zu streiten –, dass das föderale Europa das einzige Modell ist, das funktionieren kann und das demokratisch legitimiert werden kann. Niemand will den europäischen Zentralstaat. Das ist ein Phantom, das immer wie ein Popanz vor sich hergetragen wird. Den Zentralstaat will niemand, und er wird auch nicht kommen.

Niemand will aber auch die EU lediglich als internationale Organisation, als intergouvernementale Veranstaltung, weil wir im Ministerrat beobachten können, dass so etwas nicht funktioniert. Wenn 15 – demnächst 25 – Staaten ein Vetorecht haben, geht gar nichts mehr. Ergo muss jetzt die Frage, wo die Macht in Brüssel liegt, ganz offensiv gestellt werden. Ich bin dafür, dass wir auf der EU-Ebene eine parlamentarische Demokratie verwirkli-

chen. Das heißt, die Macht muss beim Parlament liegen, nicht hinter den geschlossenen Türen des Ministerrats. Wir brauchen diese Kette der Legitimation vom Bürger über die gewählten Vertreter bis hin zu den handelnden Exekutiven. In meinen Augen muss das Europaparlament noch mehr Macht bekommen.

Wir stimmen in der nächsten Woche im Parlament über das Statut für europäische Parteien ab. Diese Infrastruktur brauchen wir. Wir brauchen europäische Parteien, die Spitzenkandidaten für die Europawahlen aufstellen, die dann als Kandidaten des Chefs der europäischen Regierung, nämlich der Kommission, fungieren. Für mich ist die Kommission die europäische Regierung. Alles andere würde das System undurchsichtiger und schwerfälliger machen. Wer will, dass der Ministerrat oder irgendwelche Sekretariate um den Ministerrat herum Exekutive spielen, der will, dass das nicht funktioniert und vor allem nicht demokratisch durchschaubar ist.

Die EU-Kommission übernimmt die Funktion der Exekutive. Ich nenne das „Regierung“. Auch Romano Prodi sagt schon jetzt immer „meine Regierung“, was ich gut finde, denn man sollte so etwas auch im Sprachgebrauch durchsetzen. Das Parlament war zuerst die „Versammlung“, bis es sich später selbst den Namen „Parlament“ gegeben hat. Heute würde uns niemand mehr „Versammlung“ nennen, sondern wir sind das Europaparlament.

Diese Konstruktion mit der EU-Kommission als Regierung, dem Parlament als Bürgerkammer und dem Ministerrat als die zweite Säule der Legitimation – als Staaten-

kammer – ist eine Architektur, die erstens Handlungsfähigkeit verspricht und die zweitens auch demokratisch transparent ist und legitimiert werden kann. Ich bin gespannt, wie die anderen reagieren werden. Fischer und Schröder sind heute in Paris im Elysée mit Védrine, Chirac und Jospin. Die befinden sich schon im Gespräch miteinander.

Ich denke, dass die Franzosen – nach dem Gemurmel, das man von dort hört – doch beugehen werden, weil Deutschland und Frankreich quasi als *raison d'état* ein Interesse an einem Weitergang der Integration haben. Es ist gar nicht mehr anders vorstellbar, als dass diese Integration fortschreitet. Darin unterscheiden wir uns von den Briten und auch von einigen Skandinaviern. Aber bei denen war es immer so, dass sie, wenn etwas gemacht wurde, nach einer gewissen Zeit gefolgt sind. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie bei der Einführung des Euro mitmachen und auch bei der Politischen Union zwar nicht als Motor, aber doch als hinterherstotternder Zweitakter ankommen werden. Die Führung liegt bei dem Tandem Deutschland/Frankreich. Ich bin sehr froh, dass das große Land Deutschland nicht aus Gründen der Anmaßung, sondern von seiner Rolle her jetzt auch politisch die Führung übernommen hat.

Wir reden von Joschka Fischer und Gerhard Schröder – sie haben Führungspositionen in der EU inne. Es freut mich, dass wir – Herr Schäuble, Herr Pflüger und eigentlich auch Herr Haussmann – uns an dieser Stelle parteiübergreifend einig sind. Nicht einig sind wir uns darin – wir streiten uns darüber –, welches Europa wir wollen. Ich habe von der Sozialministerin gerade gehört,

dass die B-Länder (die CDU-regierten Länder) einen langen Katalog aufgestellt haben, in dem enthalten ist, in welche Gebiete der Verfassungspolitik Europa nicht eingreifen darf.

Genau da werden die Debatten entstehen: Wollen wir nur einen großen Markt in Europa, oder wollen wir auch ein europäisches Gesellschaftsmodell? Wollen wir Europa auch von der Gesellschaft her zusammenhalten, brauchen wir eine europäische Beschäftigungspolitik, eine europäische Sozialpolitik und eine europäische Umwelt- und Verbraucherpolitik. Darüber würde ich mich gern streiten: Europa endlich politisch ausformen, Zukunft der Renten in Europa, Gesundheitsvorsorge, Sozialsystem – das sind die Themen, über die wir diskutieren müssen. Ich bin sicher, dass wir diese Debatten bekommen werden – der Schleier wird bereits gelüftet –, weil sie auf der Tagesordnung stehen.

Letzter Satz. Wir sind hier in einem Landtag. Herr Lenz, ich war ebenfalls fünf Jahre Vorsitzender des Europaausschusses eines Landtags. Die deutschen Bundesländer haben die Debatte über die Kompetenzverteilung angestoßen, was ich zwar sehr begrüße, wobei ich jedoch gleichzeitig davor warne, sie überstrapazieren, denn es könnte sein, dass der Berg kreisen und eine Maus gebären wird.

Es geht nicht um Kompetenzen, die falsch verteilt werden; der Bundesrat hat immerhin allen Verträgen zugestimmt. Es gibt in Brüssel auch keine Kompetenzüberschreitungen. Das ist ein Missbrauch dieses Wortes. Vielmehr geht es um Kompetenzausübungen, d. h. in

welcher Dichte und Detailversessenheit die Regelungen kommen. Es ist keine Missbrauchssituation vorgekommen, d. h. keine Situation, in der die Kommission Kompetenzen wahrgenommen hätte, die ihr nach den Europaverträgen nicht zustehen. In diesem Punkt wird eine riesige Verwirrung gestiftet.

Es geht um die Ausfüllung des Souveränitätsprinzips: Wie viele Regelungen macht Europa in einem Bereich? Wie viel Spielraum wird der nationalen und der regionalen Ebene gelassen? Wenn man sich darüber verständigen könnte, wäre man ein gutes Stück weiter und könnte diese Debatte auch mit den Nachbarn führen, denn in Brüssel kommt die deutsche Kompetenzdebatte in zweifacher Weise an. Erstens scheint die Debatte – nach dem, was man von den Ländern hört – die Zielrichtung zu haben: Wie mache ich Europa schwach? – Das kann überhaupt nicht das Ziel sein.

Zweitens. Auch der Leitantrag der SPD, in dem etwas über Struktur- und Agrarpolitik steht, wirkt in Frankreich und Spanien, als stehe er unter dem Motto: Wie zahle ich möglichst wenig für Europa? – Auch das wird bei der erweiterten Union nicht der Fall sein. Sie muss uns den Preis wert sein. Niemand hat etwas dagegen, dass die Politiken reformiert werden. Bei der Agrar- und der Strukturpolitik ist das sicher notwendig. Es wäre jedoch ein Schuss, der nach hinten losginge, die Kompetenz Europas in diesen zwei großen Bereichen zur Diskussion zu stellen. Auf diese Weise sollte auch bei uns die Debatte im Verfassungsprozess nicht geführt werden. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Klaus-Dieter Frankenberger: Vielen Dank, Herr Leinen. Sie haben ein reichhaltiges Panorama geboten.– Ich möchte einige Elemente wiederholen, die auch für die anschließende Diskussion wichtig sind. Sie haben gesagt, dass wir eine europäische Regierung brauchen. Nicht überall werden die Begeisterungswellen an die Mauer branden.

Der Begriff „Verfassungsprozess“ werde heute akzeptiert. Auch da habe ich Bedenken, ob das wirklich so ist. Auf jeden Fall befinden wir uns in diesem Prozess, ob wir diesen Begriff nun tabuisieren oder nicht. Darin haben Sie Recht.

Wie verhält es sich mit dem deutsch-französischen Tandem? Wenn ich den heutigen Berichten zweier Korrespondenten der „FAZ“ aus Berlin und aus Paris glauben schenken darf, dann funktioniert da überhaupt nichts mehr. Demnach denkt Berlin konsequent – mit Führungsanspruch – in eine Richtung. Sie haben eben das Modell ausführlich dargestellt. Paris dagegen denkt in eine ganz andere Richtung – wenn es im Moment überhaupt denkt. Mit Sicherheit wird Paris nicht von Ihrem Vorschlag begeistert sein, und zwar weder Rechte noch Linke – d. h. weder Gaullisten noch Sozialisten –, dass die Macht beim Parlament liegen muss. Aus französischer Sicht – wenn ich die Äußerungen des Parlaments, des Premierministers und des Außenministers nehme – kann die Macht überall liegen, nur nicht beim Parlament. Die soll da liegen, wo sie aus französischer Sicht hingehört, nämlich bei den Nationalstaaten, der Regierung, also beim Rat.

Das ist eine sehr spannende Ausgangslage für diese Debatte. Es sind allerdings Zweifel daran angebracht, dass die Positionen in dem Führungsgespann, von dem gemeinhin angenommen wird, es sei lebenswichtig und essenziell für den Fortgang der europäischen Einigung, eng beieinander liegen.

Herr Pflüger, wie steht es denn mit dem deutsch-französischen Tandem und dem Weg in den, wie Sie es jetzt nennen, Verfassungsprozess? – Herr Pflüger gehört seit 1990 dem Deutschen Bundestag für die Christlich-DEMOKRATISCHE UNION an. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union.

Dr. Friedbert Pflüger: Ich möchte zunächst dem Kollegen Lenz und den anderen Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses herzlich dafür danken, dass sie diese Veranstaltung durchführen.

Wir stehen vor zwei gewaltigen historischen Herausforderungen, die wir praktisch zeitgleich bewältigen müssen. Zunächst einmal handelt es sich um den Prozess, der hier immer Erweiterung der EU genannt wurde, den ich aber lieber als die „Wiedervereinigung Europas“ bezeichne. Im Grunde ist es unsinnig, zu glauben, wir seien sehr großzügig, in dem wir jetzt den Völkern Mittel- und Osteuropas die Tür nach Europa öffnen. Diese Völker haben doch immer zu Europa gehört. Wir haben das nur nicht richtig gewusst und haben sie immer als hinter dem Eisernen Vorhang liegend abgehakt. Jetzt finden wir wieder zueinander und überwinden die Folgen der

Konferenz von Jalta. Es ist eine ungeheure historische Chance, endlich die Zeit der Bruderkriege und der Nationalismen auf diesem Kontinent zu überwinden. Wenn das an den Fangquoten scheitern sollte, wäre das katastrophal, und wir würden unserer Verantwortung nicht gerecht.

Wir brauchen zum 01.01.2004, spätestens zum 01.01.2005 eine Erweiterung der Europäischen Union – die Wiedervereinigung Europas – um acht bis zehn Länder. Das ist eine gewaltige Herausforderung. Wenn wir sie nicht gemeinsam mit diesen Ländern schaffen, wenn wir nicht verstehen, dass sie in den letzten zehn Jahren Revolutionen gemacht haben, um ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu reformieren, und wenn wir das jetzt nicht belohnen, wird das dort zu tief greifenden Erschütterungen führen, und die nationalistischen Kräfte werden wieder die Oberhand gewinnen.

Es ist ganz wichtig, hier politische Führung zu zeigen – so, wie es Helmut Kohl nach der deutschen Wiedervereinigung gemacht hat –, statt diesen Prozess nur den Bürokraten zu überlassen, die verhandeln und immer 100 Sachen finden werden, die nicht ganz kompatibel sind. Auch am 4. Oktober 1990 – ein Tag nach der Wiedervereinigung – hat nicht alles geklappt. Damals war auch noch nicht alles harmonisiert, aber man musste diesen Schritt mit großer Kraft gehen. Ich glaube, dass diese Art von Führung heute von den Politikern verlangt wird. – Das ist die erste große Herausforderung.

Die zweite große Herausforderung ist der Verfassungsprozess. Die Gemeinschaft vergrößert sich,

und wir stellen ein Demokratiedefizit fest. Wir merken, dass sozusagen die Gewichte nicht mehr stimmen und dass die Verfahren bei dieser Vergrößerung nicht mehr funktionieren. Daher setzen wir uns jetzt daran, innerhalb von zweieinhalb Jahren die ganzen Verfassungsstrukturen dieses neuen Europas praktisch neu zu definieren. Das ist eine ungeheure und wunderschöne, aber fast nicht zu schaffende Aufgabe.

Dieser Verfassungsprozess hat – neben ein paar anderen – zwei wesentliche Säulen. Eine wesentliche Säule ist die Kompetenzabgrenzung zwischen den Ebenen. Was soll Europa machen, was sollen die Nationalstaaten machen, und welche Aufgaben sollen die Regionen übernehmen? Das ist ungeheuer schwierig, weil es in den einzelnen Ländern ganz unterschiedliche Traditionen gibt.

Im Hessischen Landtag ist es ganz klar: Für Kulturpolitik und Innere Sicherheit sind der Landtag und die Landesregierung zuständig. Wenn Sie dagegen der französischen Nationalregierung sagten, sie dürfe sich jetzt nicht mehr mit Fragen der Kulturpolitik beschäftigen, würden Sie für völlig verrückt erklärt. Sie haben also völlig unterschiedliche Traditionen und müssen die in irgendeiner Weise in Einklang bringen.

Ich glaube, das wird sehr schwierig sein. Wir werden das nicht exakt so regeln können, wie es unseren Traditionen entspricht – konkurrierende Gesetzgebung und genaue Festlegung. Wir werden uns auf Prinzipien einigen müssen. Wir werden deutlich machen, dass bestimmte Zuständigkeiten, die bei den Nationalstaaten und

den Ländern verbleiben sollen, gesichert werden müssen, damit die Bürger nicht den Eindruck haben, es gebe sozusagen eine Rutschbahn nach Brüssel. Immer mehr Brüssel – aber was ist eigentlich mit unserer Identität als Hessen, als Bayern, als Deutsche? Das ist die eine Säule des Verfassungsprozesses.

Zweite Säule des Verfassungsprozesses: Wie sind in Europa die Gewichte zwischen exekutiver Funktion – das ist die Kommission – und legislativer Funktion – das Europaparlament – aufgeteilt? Welche Rolle spielt der Rat der Minister aus den jeweiligen Ländern?

An diesen gigantischen Aufgaben sitzen wir jetzt. Als Erstes müssen wir diesen Prozess transparent gestalten. Nichts wäre schlimmer – Frau Rühle hat es gesagt; die anderen beiden hier auf dem Podium sind auch dieser Meinung –, als wenn wir das einer Regierungskonferenz mit Beamten überließe, die das vorbereiten, damit irgendwann tief in der Nacht Anfang 2004 auf einem Gipfel in Dublin von Ministern, die kaum noch zuhören können, die Kompromisse gemacht werden. Dann wird noch Kuhhandel mit Milliarden getrieben, die man den Spaniern und Franzosen für irgendwelche Zuschüsse gibt. Das, was dabei herauskommt, sollen die Bürger dann als ihre Verfassung empfinden. Das geht nicht.

(Beifall)

Wir sagen deshalb im Deutschen Bundestag über alle Parteigrenzen hinweg – ich habe mich sehr gefreut, dass die Kollegen der Regierungsfaktionen von SPD und GRÜNEN mitgemacht haben – :Wir fordern einen

Verfassungskonvent.

(Beifall)

Diesen Konvent müssen wir in Europa durchsetzen. – Ich habe gerade gesehen, dass die Fraktionen von CDU und FDP einen Dringlichen Antrag im Landtag eingebracht haben, der genau auf dieser Linie liegt.

Wir haben als Europaausschuss einen Antrag an die COSAC gestellt. Das ist die Versammlung aller Europaausschüsse, die in zwei Wochen in Stockholm tagt. Wir werden dort den Antrag einbringen, einen Verfassungskonvent einzurichten.

Entscheiden müssen letztlich die Regierungen. Daran führt kein Weg vorbei. Die Regierungen – die Nationalstaaten – bleiben natürlich, wenn Sie so wollen, der Souverän. Die Regierungen müssen die Verträge ratifizieren. Im Übrigen spreche ich lieber vom Verfassungsvertrag, weil es sich um einen Vertrag zwischen den Nationen und einer Verfassung handelt.

Die Regierungen müssen letztlich entscheiden. Vorher brauchen wir aber Debatten unter Einschluss der Länderparlamente sowie des Bundestags und auch der Bundesregierung. Wir haben mit einem Konvent sehr gute Erfahrungen gemacht, nämlich mit dem Grundrechtekonvent. Der Kollege Leinen hat gestern bei einer Diskussion der Bertelsmann-Stiftung – wir sehen uns fast jeden Tag bei irgendeiner Diskussion – ein schönes Beispiel gebracht, das ich jetzt einfach einmal klauen möchte. Er hat nämlich ein Beispiel dafür gebracht,

warum ein Konvent diesen Prozess besser gestalten kann als die Nationalstaaten, wenn sie sich so wie z. B. in Nizza treffen.

Im Grundrechtekonvent begann die Diskussion über den Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, den wir für den Paragraphen 1 ganz normal fanden. Die Spanier sagten, es müsse heißen: „Die Ehre des Menschen ist unantastbar.“ Es gab eine große Diskussion, aber nach viel Überzeugungsarbeit hat man sich darauf verständigt, dass Ehre irgendwie zur Würde gehört. Man hat sich dazu entschlossen, den Begriff „Würde“ zu verwenden; der Paragraph 1 konnte abgehakt werden. Wie wäre es auf einer Regierungskonferenz gewesen? Die Deutschen hätten im Vorfeld erklärt, es müsse „Würde des Menschen“ heißen; die Spanier dagegen hätten erklärt, es müsse „Ehre des Menschen“ heißen. Sowohl für die Deutschen als auch für die Spanier hätte es sich um nationale Prestigefragen gehandelt. Dann hätte man aufeinander eingepugelt, und irgendwann hätten die Spanier auf einem Gipfel um drei Uhr morgens eine Milliarde für den Strukturfonds und den Kohäsionsfonds kassiert und hätten gesagt: Okay, es heißt „Würde“.

Die Parlamente haben eine große Chance, wenn sie zusammenkommen: Nicht alle Fragen sind nationale Prestigefragen. Es gibt neben der nationalen Identität noch eine politische Identität, nämlich die Zugehörigkeit zu einer politischen Familie. Deshalb, behaupte ich, wird ein solcher Konvent sehr gute Arbeit leisten.

Wenn man dann noch in der Person von Roman Herzog einen Vorsitzenden findet, der die Kraft und die Autorität

hat, so etwas zusammenzubinden, würde ich, wenn ich an der Regierung wäre, ein solches Projekt sehr begrüßen. Bisher hat die Bundesregierung – das muss man hinzufügen – noch nichts getan. Es wäre schön, wenn die Damen und Herren von der Regierungskoalition ihren Einfluss in der Regierung entsprechend wahrnehmen könnten. Ich will es hierbei belassen.

Ich möchte nur noch eines sagen: Ich freue mich, dass Herr Schröder vor wenigen Tagen diese Vorschläge gemacht hat. Ich freue mich darüber und stimme fast allen zu – von einigen Ausnahmen abgesehen. Die Fairness gebietet allerdings auch, zu sagen, dass das alte CDU-CSU-Positionen sind, zum Teil auch FDP-Positionen. Ich will das gar nicht zum Vorwurf machen, und ich halte auch nichts davon, dass sich die Parteien jeden Tag darüber verständigen, wer zuerst da war. In der Politik gibt es kein Urheberrecht. Sie haben es daran gemerkt, dass ich eben Jo Leinens Beispiel erzählt habe.

Aber wir sollten uns darüber freuen, dass wir einen weitgehenden europapolitischen Konsens in solchen Fragen haben, denn nur dann können wir auf der europäischen Ebene vernünftig auftreten. Ich unterstütze im Wesentlichen, was dort gemacht worden ist, und ich freue mich, dass nach wie vor die Kontinuität zur Europapolitik Helmut Kohls und zur Europapolitik der CDU-CSU vorhanden ist. Darin werden wir uns auch bestärken.

(Beifall)

Diskussion

Klaus-Dieter Frankenberger: Herr Pflüger, vielen Dank für Ihren Hinweis darauf – was nicht ganz selbstverständlich ist –, dass der europapolitische Konsens in Deutschland zwar nicht hundertprozentig, aber doch weitgehend stabil und intakt ist. Das ist notwendig.

Ein Wort zur Methode des Konvents. Ich habe einmal in einem Artikel geschrieben, die Regierungskonferenz sei eine Veranstaltung von Autisten für Autisten. Ich habe auf diesen Artikel ungefähr 50 Leserbriefe bekommen, die geradezu flammende Zustimmung ausdrückten. Vielleicht ist dieser Ausdruck ein bisschen unfair, aber ich meine, in ein grundlegendes Projekt, wie das der Einführung des Euro oder der Formulierung einer Verfassung, kann man nicht gehen, indem man grundsätzliche Entscheidungen über den Fortgang der europäischen Einigung im abgesteckten Zirkel, also im kleinen Kreis, trifft und dann das, was offen geblieben ist, zwar nicht in einer Nacht- und Nebelaktion, aber doch – Herr Pflüger hat es angedeutet – um vier Uhr morgens so entscheidet, dass derjenige die Oberhand gewinnt, der das geringste Schlafdefizit hat und noch halbwegs eins und eins zusammenzählen kann.

Ich möchte noch einen Punkt hinzufügen, der mir bei Herrn Pflügers empathischem Hinweis auf die Wiedervereinigung Europas eingefallen ist: Herr Solana, der, wie Sie wissen, der europäischen Außenpolitik eine Stimme und ein Gewicht geben soll – das tut er, so gut er kann, wenn ich das richtig sehe –, kommt viel in der Welt herum. Er kommt vor allem auf dem Balkan notge-

drungen viel herum. Er erzählt immer eine Geschichte, die ich sehr eindrucksvoll finde und die die Dimensionen, um die es hier geht und die Herr Pflüger auch angerissen hat, andeutet. Er sagte, er habe in einer Stadt an der Donau einen alten Mann getroffen. Dieser alte Mann habe ihn zu seinem Haus geführt und gesagt: Sehen Sie, Herr Solana, das ist mein Haus, in dem ich ohne Unterbrechung seit 75 Jahren lebe. – Dieses Haus gehörte in 75 Jahren zu sieben verschiedenen Staaten. Das ist ein eindrucksvolles Plädoyer für das, was Jo Leinen schon gesagt hat, nämlich dafür, diesen Prozess mit Ernst zu betreiben und zu vereinigen, was zu vereinigen gehört. Deshalb ist das auch eine interessante Mahnung für das, was uns auf dem Balkan möglicherweise noch bevorsteht.

Ich möchte gern noch einmal die Beteiligten zu zwei oder drei Punkten fragen. Herr Haussmann: Kompetenzen zuordnen und verteilen – das hört sich prima an. Die machen das, die machen jenes. Nur ist es so: Für die Franzosen fällt das, von dem wir glauben, dass es in die Kompetenz der Länder oder des Bundes gehört, selbstverständlich in die Zuständigkeit der EU-Behörden – Agrarpolitik, Strukturpolitik. Das ist selbstverständlich für die Franzosen; sie kommen gar nicht auf die Idee, darüber nachzudenken. Dafür gibt es eine Fülle von Beispielen.

Es lässt sich auch so leicht sagen: „Juristisch könnte man das eindeutig machen.“ Der Jurist denkt immer so. Der Politiker denkt ganz anders. Er weiß, dass es um eminente Interessen und um politische Verhandlungen geht. Er befindet sich jeden Tag mit dem Bund und auch

mit den Ländern im Konflikt, um dieses oder jenes zu entscheiden. Über den Länderfinanzausgleich entscheidet nicht etwa der Jurist; vielmehr fällt das in die Zuständigkeit der Politiker, ob in Berlin oder in den Ländern. – Wie funktioniert das mit der Kompetenzabgrenzung, Herr Haussmann?

Prof. **Dr. Helmut Haussmann:** Ich will die Begeisterung nicht dämpfen, aber ich möchte einen Punkt herausgreifen und aus meiner Sicht kritisch anmerken: Ich halte es für gut, wenn ein großes Land wie Deutschland führt. Nur: Im Gegensatz zu früheren Projekten – ich war als Regierungsmitglied an der Binnenmarkteinführung beteiligt, ich war im Maastricht-Sonderausschuss; zusammen mit Herrn Pflüger bin ich dabei, die Osterweiterung voranzutreiben – geschieht aus meiner Sicht innenpolitisch sehr wenig, um die Menschen auf diese Projekte vorzubereiten. Das ist mein erster Punkt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sehe die Wiedervereinigung Europas, für die ich mich voll engagiere, fast auf die lange Bank – sozusagen auf einen Verschiebebahnhof – geschoben, wenn man mit den Gewerkschaften nicht offen darüber redet, was das bedeutet. Wenn man glaubt, man könne sieben Jahre plus einführen, wird es keine Wiedervereinigung im eigentlichen Sinne geben.

Zweiter Punkt. Damit komme ich zu Ihrer Frage: Es wird sehr mühsam werden. Die grundsätzliche Faszination des Verfassungsprozesses sehe ich, aber auch in

Deutschland klaffen Welten zwischen unterschiedlichen Erwartungen, z. B. zwischen Herrn Stoiber einerseits und uns in Berlin andererseits – um nur einmal ein CDU-internes Thema aufzugreifen. Die einen wollen Europa –zumindest partiell – schwächen. Hören Sie sich einmal an, was Ihr Kollege von der CSU, Herr Müller, im Europaausschuss sagt. Die anderen dagegen wollen Europa stärken. Ich will es stärken.

Ich sehe das unter globalen Gesichtspunkten, wobei ich die Meinung des Bundeskanzlers voll und ganz teile: Wir brauchen eine europäische Regierung. – Ich sehe nur nicht Bundeskanzler Schröder, wie er in Brüssel ab und zu wie ein kleiner Vertreter – ähnlich wie im Bundesrat – auftritt. Der zweite Punkt lautet also: Es gibt eine riesige europäische Rhetorik nach dem Motto: Die Briten lehnen Europa sowieso ab, die Franzosen auch, und wir tun einmal so als ob. – Darin sehe ich auch eine Gefahr für das Europabewusstsein.

Wir haben in Deutschland oft genug große Reden gehört. Dennoch sehen wir bei der Osterweiterung, bei den Finanzverhandlungen und beim Asylrecht wenig Bereitschaft, zu führen. Wenn der Bundeskanzler in Nizza gesagt hätte: „Ich bin bereit, mich in Bezug auf das Asylrecht zu bewegen“, hätten die Vertreter aller anderen Regierungen nicht gesagt: Aber wir haben hier, und die haben dort usw.

Drittens. Jetzt komme ich auf meine Kollegen im Landtag zu sprechen. Ohne eine gewisse Regionalisierung der Strukturpolitik – der Agrarpolitik – bleibt den Kollegen im Landtag zu wenig übrig. Eine der Hauptfragen ist

die Standortpolitik. Mit der Einführung des Euro und unter den Bedingungen der Globalisierung bekommen wir einen großen Standortwettbewerb der Regionen um Arbeitsplätze und Industrieansiedlung. Die Landtage – die Länderparlamente – brauchen wieder mehr Möglichkeiten in der Strukturpolitik und in der Agrarpolitik, um diesen Wettbewerb regional auszuhalten. Das führt natürlich zu einem großen Konflikt mit Frankreich. Aber ohne eine gewisse Renationalisierung und Regionalisierung der beiden wichtigen teuren Bereiche Struktur- und Agrarförderung sehe ich relativ wenige Möglichkeiten – natürlich sehe ich die Chance; dafür setzen wir uns als liberale, föderativ orientierte Partei ein –, dass bestimmte Rechte, z. B. in der Kultur- und Bildungspolitik, aus Sicht unserer föderativen Struktur in einem Verfassungsvertrag festgeschrieben werden und dass damit auch Sicherheit herrscht.

Klaus-Dieter Frankenberger: Frau Rühle, das war die erste direkte Anfrage an die Parteien der Bundesregierung: Es fehle an innenpolitischer Vorbereitung auf das Großprojekt Erweiterung. Die zweite Frage – bzw. der indirekte Vorwurf –: mangelnde Führung.

Führung ist immer gut, aber ich kann mich erinnern, dass die Bundesregierung, wenn Deutschland einmal geführt hat, entweder von den Partnern oder aus dem Lager der Opposition angeranzelt wurde, dass man die Franzosen nicht rechtzeitig informiert oder dieses und jenes nicht getan habe. Nichtsdestoweniger: Ohne Führung geht es nicht. – Wie steht es mit der innenpolitischen Vorbereitung?

Heide Rühle: In Bezug auf das Thema Osterweiterung muss man sehen, dass die meisten europäischen Partner sowieso den großen Verdacht haben, dass die Deutschen nur ihre eigenen Interessen pflegen. Deutschland profitiert am meisten von der Osterweiterung. Das muss man wissen. Das ist auch richtig so. Nur bin ich nicht der Meinung, dass – im Gegenschluss – wir die Osterweiterung in der Form bezahlen müssen, dass wir jeglichen Problemen der Spanier und Franzosen nachkommen. Das muss man vermitteln. Das ist nicht einfach zu vermitteln, vor allem dann nicht, wenn in der deutschen Debatte plötzlich genau die gleichen Probleme hochkommen.

Ich wehre mich massiv dagegen, dass in Deutschland plötzlich eine Diskussion über die Renationalisierung der Struktur- und Agrarfonds geführt wird, in einer Zeit, in der es darum geht, die Osterweiterung zu vollenden – wobei wir genau wissen, welche sozialen Probleme es im Osten gibt und wie schwierig die Umstrukturierung des Agrarmarktes in Osteuropa sein wird.

Herr Haussmann, ich kann Sie nur so verstehen, dass Sie angesichts der Osterweiterung hier für eine Entsolidarisierung plädieren: Wir wollen nicht mehr so viel zahlen, lasst uns das zurückfahren, lasst uns das zurückgeben in die nationale und in die regionale Autonomie. – Das heißt aber im Grunde genommen: Okay, wir haben bei den südlichen Ländern durchaus finanziert, aber beim Osten werden wir das nicht mehr tun. – Das halte ich für ein ganz verheerendes Signal.

Für richtig halte ich die Kofinanzierung. Es muss eine Kofinanzierung bei der Landwirtschaft geben. Die gibt es derzeit nicht. Wir müssen auch von den obligatorischen Ausgaben wegkommen. Das Parlament muss bei der Landwirtschaft mitbestimmen können, sodass wir zu einer wirklichen Agrarreform kommen. Davon sind wir auf der EU-Ebene noch meilenweit entfernt. Die Franzosen sind natürlich im Augenblick gegen eine solche Reform, weil sie die größten Nutznießer des bisherigen Systems sind. Das muss man ganz vorsichtig angehen. Man darf es nicht vom Zaun brechen. Ich möchte auch davor warnen, das in Form einer öffentlichen Debatte zu machen. Man muss die Franzosen vielmehr dort abholen, wo sie stehen, und muss ihnen klarmachen, dass die Agrarreform auch in ihrem Sinne ist.

Genau das Gleiche gilt übrigens auch für die Strukturfonds. Da haben wir schon eine Kofinanzierung. Bei den Strukturfonds ist es nicht etwa so, dass man das Geld einfach bekommt. Man erhält nur dann Gelder aus den Strukturtöpfen, wenn man aus den nationalen oder aus den Landestöpfen Gelder im Verhältnis 1:1 dazugibt. Dort gibt es also diese Kofinanzierung. Ich bin aber dagegen, dass die Kofinanzierung jetzt umgedreht wird und man sagt, es gebe keine Rahmenrichtlinienkompetenz der EU mehr. Wenn wir bei den Strukturtöpfen keine Rahmenrichtlinienkompetenz der EU mehr haben, bedeutet das, dass das Europaparlament in dem Bereich auch nicht mehr mitgestalten kann. Das bedeutet, dass die Ökologie in einigen Ländern völlig unter die Räder kommen wird, dass sie keine Rolle mehr spielen wird.

Wir alle beschwören in Sonntagsreden immer wieder,

dass Umweltpolitik europäische Politik ist und dass Umweltprobleme nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden können. Dann sollten wir aber auch dem Europaparlament diese Kompetenzen überlassen und dürfen sie nicht renationalisieren. Genau das Gleiche gilt für die Verkehrspolitik. Bei der Verkehrspolitik brauchen wir eine europäische Zuständigkeit. Deshalb wehere ich mich strikt dagegen, wenn man sagt, man wolle all das wieder an die Länder zurückgeben. Richtig finde ich, dass man gemeinsam mit den Ländern eine Form finden muss, dergestalt, dass man sagt, die Einzelausgestaltung liege bei den Ländern, aber die Rahmenrichtlinienkompetenz liege bei der EU. In der Form muss man eine Lösung finden. Aber ich kann nur davor warnen, zu glauben, man könne jetzt Kompetenzkataloge erstellen.

Nehmen wir die Schulpolitik als Beispiel. Die Schulpolitik ist in Deutschland eine Angelegenheit der Länder. Da könnte man locker sagen, die EU müsse sich aus dem Bereich heraushalten. Wir alle wissen aber, wie notwendig vergleichbare Bildungsabschlüsse in Europa sind. Wir können nicht sagen, dass das nur eine Angelegenheit der Länder ist.

(Allgemeiner Beifall)

Man muss beides angehen. Die vergleichbaren Bildungsabschlüsse sind für unsere Jugend eminent wichtig, und deshalb sollte die EU eine Kompetenz auf diesem Gebiet haben. Dieser Grundsatz gilt für die Bildungspolitik generell, z. B. auch für Weiterbildungsmaßnahmen. Wir brauchen mehr Harmonisierung in diesen Fragen, da-

mit man z. B. in Frankreich an eine Ausbildung, die in Deutschland begonnen und fortgeführt worden ist, nahtlos anknüpfen kann.

Deshalb warne ich davor, einfach zu sagen: Wir wollen unsere Kirchturmpolitik wiederherstellen. – Ich finde es richtig, dass man in bestimmten Bereichen, wie z. B. beim öffentlichen Personennahverkehr, bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung, gründlich nachdenkt. Aber meistens war es nicht die Kommission, die sich damit beschäftigt hat, sondern im Allgemeinen haben entweder andere Länder oder private Konkurrenten geklagt und die Kommission auf diese Weise zum Handeln gezwungen. Deshalb warne ich davor, die Debatte über die Kompetenzen mit einem falschen Zungenschlag zu führen. Wir brauchen eine sinnvolle Lösung, die trägt und die vor allem zukunftstauglich ist.

Klaus-Dieter Frankenberger: Vielen Dank, Frau Rühle. – Das war gewissermaßen europäisches Graubrot. Wie wir wissen, schmeckt das in Frankreich anders als in Deutschland. Die einen sprechen von Renationalisierung – womit Kofinanzierung gemeint ist –, die anderen dagegen wollen mehr Harmonisierung und – das Wort kann man gelegentlich anwenden – Zentralisierung.

Herr Leinen, Sie haben vorhin dafür plädiert, dass das Europäische Parlament alle Macht haben muss. Es ist Teil dieses Verfassungsprozesses, darüber nachzudenken, wie nationale Parlamente an den Entscheidungen der Europäischen Union beteiligt werden können. Dann hätten wir vielleicht ein weiteres Organ oder ein weite-

res Verfahren. Das grundlegende Dilemma des Demokratiedefizits in der europäischen Union ist die Frage, auf welche Weise es zu beheben ist. Es ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, zu sagen: Ja klar, das Europaparlament muss ein richtiges Parlament werden. – Ein richtiges Parlament ist es heute noch nicht, selbst wenn Sie das bestreiten und sich dafür einsetzen, dass es sich in diese Richtung entwickelt. Aus der Sicht des Europapolitikers: Welche Rolle sollen die nationalen Parlamente spielen?

Jo Leinen: Es ist nicht so, dass das Europaparlament die alleinige Macht haben kann oder haben sollte. Es wird die Macht immer mit den Regierungen teilen. Insofern ist es eher ein Zweikammersystem: eine Bürgerkammer und eine Staatenkammer, die auf lange Sicht wahrscheinlich mehr Macht haben wird als der Bundestag. Die Staatenkammer – der Ministerrat – ist ein mächtiges Gremium, das die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten repräsentiert, und zwar zu Recht, weil es die anderen Staaten eben gibt, und weil wir sie auch weiterhin haben wollen. Die Macht wird geteilt.

Es wurde die Frage aufgeworfen – leider auch von unserem Bundesaußenminister; ich habe ihn dafür gestern scharf kritisiert, weil er das im Bundestag wiederholt hat –, ob man nicht eine dritte Kammer mit Vertretern aus den nationalen Parlamenten einrichten könne. Darin sehe ich absolut keinen Sinn. Das bringt nichts, sondern macht alles nur noch komplizierter. Man sollte von dieser Vorstellung ablassen.

Wie Herr Pflüger sehe ich allerdings die nationalen Parlamente in der Rolle des Verfassungsgebers der Europäischen Union. Das große Dilemma – das hier beschrieben worden ist – besteht darin, dass bis auf die letzten zwei Tage eigentlich nur die politischen Beamten der jeweiligen Regierungen zusammenhocken. Nicht die Herren Jospin und Schröder arbeiten über ein Jahr lang an einem Europavertrag; vielmehr sind es die Abteilungsleiter in den Ministerien und im Kanzleramt. Die einigen sich nicht. Das meiste bleibt offen bis zum Schluss. Dann entsteht dieser – jedenfalls in Nizza – völlig unwürdige Zustand, dass die Entscheidungen nachts um drei oder vier Uhr getroffen werden, wobei die physische Verfassung ausschlaggebend ist. So kann das nicht gehen. Wir wehren uns mit aller Macht dagegen, dass sich das in dieser Form wiederholt.

Die Verfassungsgebung – die Verträge sind die Verfassung – ist Angelegenheit der Parlamente. Die nationalen Parlamente wie auch das Europaparlament müssen die Vorbereitungen eines Europavertrags – diesen Suchprozess – zumindest gleichberechtigt mit den Regierungen gestalten. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, denn genau da befindet sich der Kern der Souveränitätsverteilung. Bei der Gesetzgebung, d. h. beim Sekundärrecht, wie die Gesetze angewendet werden – wir machen europäische Richtlinien –, muss das, glaube ich, so sein, wie wir das aus Deutschland kennen: Landesparlamente machen Landesgesetze, der Bundestag macht Bundesgesetze, und das Europaparlament macht Europagesetze. Da stellt sich eher die Frage, wie der Bundestag – also die nationalen Parlamente; in Deutschland die Parlamente der Länder – ihre jeweiligen Regie-

rungen kontrollieren und beeinflussen.

Dänemark hat ein Modell, das ich allerdings auch nicht empfehle. Der Minister muss, wenn er von Kopenhagen nach Brüssel fliegt, zuerst im Storting beim Europaausschuss vorbeigehen. Die geben ihm einen Auftrag und erklären ihm, was er in Brüssel machen darf und was nicht. Ich sage einmal: Die EU kann sich ein Land wie Dänemark erlauben. Wenn das alle Länder so machen würden, wäre Brüssel überhaupt nicht mehr handlungsfähig. Das darf nicht sein. Wir brauchen die Vorinformation und die Nachkontrolle so, wie das zwischen Legislative und Exekutive ist. Das heißt: Stärkung der Parlamente bei der Kontrolle ihrer Regierungen und Beteiligung der Parlamente am Verfassungsprozess. Das ist mein Vorschlag.

Klaus-Dieter Frankenberger: Herr Pflüger, Sie sind meiner Bitte um eine Stellungnahme zum deutsch-französischen Verhältnis mannhaft ausgewichen. Ich insisiere darauf, weil der frühere Bundeskanzler bei jeder Gelegenheit mit dem gebotenen Pathos gesagt hat – auch aus der historischen Erfahrung heraus –, dass er, wenn der französische Staatspräsident von ihm verlangte, zweimal einen Diener vor der Trikolore zu machen, auch einen dritten Diener machen würde, wenn es sein müsste. Man kann darüber lächeln und sagen, diese Zeiten seien vorbei. Aber es war so, und es hatte alles seine Bedeutung.

Her Pflüger, wie steht es nun mit dem deutsch-französischen Tandem? Fehlt ihm der Sprit? Fehlt ihm der Wil-

le? Sind ihm die Speichen weggebrochen, oder ist ihm eine Pedale abhanden gekommen? Wenn ja, wo ist ihm die Pedale abhanden gekommen? Oder haben sich die Zeiten einfach so stark verändert, dass es möglicherweise überholt ist, ewig das Bild vom Motor zu beschwören und zu sagen: „Wenn die beiden es nicht machen, dann macht es überhaupt keiner“?

Dr. Friedbert Pflüger: Ich glaube, es handelt sich um eine Mischung aus verschiedenen Ursachen. Die eine Ursache besteht darin, dass die Personen heute nicht mehr so gut miteinander umgehen können, wie das früher der Fall war. Zwischen Schröder einerseits und Jospin und Chirac andererseits stimmt offenbar die Chemie nicht, wie man so schön sagt, während das bei Kohl/Mitterrand, bei Schmidt/Giscard d'Estaing und bei Adenauer/de Gaulle funktioniert hat. Die enge persönliche Freundschaft, die wir sehr häufig in den deutsch-französischen Beziehungen vorgefunden haben, gibt es heute nicht.

Ich glaube dennoch, dass das der geringere Teil des Problems ist. Das Hauptproblem liegt wahrscheinlich in den neuen Gewichten, die sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands eingestellt haben. Während Deutschland und Frankreich vor der Wiedervereinigung Deutschlands gleich groß und stark waren, hat Deutschland durch die Wiedervereinigung plötzlich 80 Millionen Einwohner – die Franzosen dagegen 60 Millionen. Wenn sie sich das Bruttosozialprodukt und die Perspektiven der Osterweiterung ansehen, können Sie nachvollziehen, dass die französischen Politiker Angst davor haben, dass

Deutschland noch mächtiger werden könnte. Sie haben es auch an der Österreich-Debatte um Jörg Haider gesehen. Auf französischer Seite gibt es also die große Sorge: Da gibt es jetzt wieder etwas im Herzen Europas, was stark ist, und wir Franzosen werden in eine Randlage zurückgedrängt. – Das sind objektive Gründe, die da eine Rolle spielen.

Ferner sind ein paar politische Fehler gemacht worden. Man kann natürlich fragen, ob in einem erweiterten großen Europa zwei Länder, nämlich Deutschland und Frankreich, dieselbe prägende Kraft haben werden, wie das früher immer der Fall war, oder ob nicht vielmehr ein Land hinzukommen muss. Die einen sagen, Großbritannien müsse hinzukommen, und erhoffen sich eine stärkere europapolitische Rolle von Blair. Die anderen sagen: Warum nehmen wir nicht die Polen dazu? Das wäre dann das Weimarer Dreieck, das in Zukunft die Europäische Union führt. – Das hört sich sehr sympathisch an, führt aber sofort zu allen möglichen Ängsten, z. B. bei den Spaniern oder bei den Italienern, die fürchten, es werde dann eine Truppe geben, die eine Art Direktorium über sie ausbreitet. Wohin das geht, werden wir abwarten müssen. Wir müssen mit großer Sensibilität vorangehen.

Ich möchte etwas aus der letzten Woche erzählen. Vorgestern – Kollege Haussmann war dabei – hat eine Sitzung des Europaausschusses stattgefunden. Der französische Außenminister Védrine hat an dieser Sitzung teilgenommen. Allein die Tatsache, dass wir mit ihm zwei Stunden lang ganz offen diskutiert haben, zeigt, wie eng die deutsch-französischen Beziehungen sind. Herr

Haussmann, ich weiß nicht, wie Sie das empfunden haben, aber ich fand, es war eine fabelhafte Diskussion – trotz großer Unterschiede. Védrine hat im Grunde gleich gesagt, dass er mit dem, was Herr Schröder aufgeschrieben hat, nicht viel anfangen könne. Das hat er ganz klipp und klar gesagt.

Trotz großer Unterschiede war es eine sehr herzliche Diskussion, und das hat mir sehr viel Mut gemacht. Das war eine richtige kleine Sternstunde. Wie so oft, wenn etwas Gutes im Parlament läuft, hat diese Sitzung fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden. Aber so ist das nun einmal im Leben.

Damit komme ich zu dem, was Herr Leinen zum Schluss gesagt hat. Während der Sitzung saßen Außenminister Fischer und Außenminister Védrine nebeneinander, hatten ein Papier vor sich liegen und malten eine neue europäische Verfassung auf. Das konnte ich als Vorsitzender des Ausschusses sehen, denn ich habe immer neugierig hingeschaut, um zu überprüfen, ob das auch nichts Unanständiges ist. Das gehört in diesem Fall zu meinen parlamentarischen Kontrollpflichten.

(Heiterkeit)

Dabei hat Joschka Fischer ein Modell favorisiert, das von dem des Bundeskanzlers völlig abweicht. Er hat gesagt, er wolle den Ministerrat nicht zu einem zweiten Parlament machen, sondern er wolle praktisch zwei Regierungskammern schaffen. Er hat gesagt – das sind in etwa seine Worte –: Wir schaffen eine Art Aufsichtsrat, das ist der Ministerrat, und eine Art Vorstand, das ist

die Kommission, also die Exekutive. Die Legislative Europas wird das Europaparlament – plus eine Kammer der nationalen Parlamente.

Wir haben über europapolitischen Konsens gesprochen. Aber wenn es zu den wirklichen Konstruktionsfragen kommt, erhalten wir auch von den Parteien ganz unterschiedliche Auffassungen. Die Regierung ist weit davon entfernt, zu einem Konsens zu finden. Die sollen nicht immer so tun, als ob sie alles wüssten. Die sind auch erst dabei, diese Sachen zu erarbeiten.

Es war interessant, das z. B. im Zusammenhang mit dem Konvent zu beobachten, über den wir hier diskutiert haben und mit dem sich der Hessische Landtag demnächst beschäftigen wird. Herr Fischer ist dafür und hat sich im Europaausschuss ziemlich positiv dazu geäußert. Im Kanzleramt ist man eher dagegen; gestern habe ich mit Herrn Silberberg gesprochen, einem führenden Beamten im Kanzleramt. Auch da muss die Regierung langsam in die Puschen kommen. Bei allem Konsens im Grundsätzlichen stimme ich dem Kollegen Haussmann zu: In der praktischen Arbeit gibt es noch eine ganze Menge, was besser laufen könnte.

Klaus-Dieter Frankenberger: Sie haben uns einen Konstruktionsentwurf vorgestellt, den Herr Fischer en passant entwickelt hat. Es hat ja auch Charme, nebenbei ein Modell für eine Verfassung zu entwerfen.

Meine Damen und Herren, Sie sind jetzt aufgefordert, sich zu dem zu äußern, was wir eben besprochen ha-

ben, nämlich zu den Themen Föderalismus, Zentralismus und vielleicht auch zu solchen Vorbehalten, die sich in Fragen wie: „Gibt es einen neuen Superstaat, eine neue Supermacht?“ äußern.

Fritz Petermann: Ich spreche für die Europa-Union Hessen. – Ich habe eigentlich keine Frage, sondern ich möchte noch einmal zwei Punkte akzentuieren, die hier schon aufgegriffen worden sind. Ich möchte betonen, dass nicht nur die Worte der Politiker, sondern auch die Worte der Kommentatoren ruppiger werden. Sie können in der gestern erschienenen Ausgabe der Zeitung „Die Woche“ lesen, dass man die Staaten der Europäischen Union als einen „Haufen geschichtsblinder, raffzähniger Kesselflicker“ bezeichnet, weil sie nur streiten, statt die geschichtliche Notwendigkeit zu sehen, die Osterweiterung unverzüglich voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal das Friedensmotiv betonen. Wir vergessen inzwischen ein bisschen, dass es die alte Europäische Union geschafft hat, zwischen diesen 15 Staaten Frieden gestiftet und aufrechterhalten zu haben.

Was sich um die Europäische Union herum abspielt, ist ein anderes Kapitel. Es ist schon gesagt worden: Wir dürfen nicht übersehen, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs das Versprechen erhielten, der Europäischen Union beitreten zu dürfen. – Wenn wir dieses Versprechen jetzt nicht erfüllen wollen oder können, wird es in diesen Ländern unruhig werden. Die politischen Eliten haben alles

darangesetzt – die Regierungen haben in Kauf genommen, dass sie nach vier Jahren wieder abgewählt wurden –, um ihre Länder beitrittsfähig zu machen. Wenn wir diesen Wunsch jetzt nicht erfüllen und weiterhin keine Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet stattfindet, werden die ethnischen Spannungen zunehmen. Das Kosovo wird sich dann nicht auf einen einzigen Punkt auf der Landkarte beschränken.

Das wird auch auf uns in Westeuropa zurückschlagen. Ich frage etwas zynisch: Ist es eigentlich ein Zufall, dass ausgerechnet Spanien, das mit seinem Baskenproblem nicht fertig wird, nun eine Position bezieht, die den Frieden in Europa möglicherweise unsicherer macht? Dieses Motiv sollten wir betonen, und ich denke, man kann mit den europäischen Nachbarn durchaus darüber reden.

Der zweite Punkt betrifft das, was die Länder machen. Auch in diesem Zusammenhang möchte ich ein bisschen zynisch bemerken, dass die B-Länder alle Bayern nachlaufen. Was aus den Ländern kommt, ist etwas bedenklich. Von der Frau Ministerin ist das mit dem Wort „festschreiben“ ausgedrückt worden.

Ich werde ihr einen Brief schreiben, weil es ein Unding ist, dass man statt eines Grußworts nur ein Einführungsreferat hält und dann gleich geht. Sie soll sich unsere Meinung schon anhören.

„Festschreiben“ heißt auch, Entwicklungen dort zu zementieren, wo wir in Europa viel flexibler bleiben und Entwicklungen verfolgen müssten. Sicher, der Begriff

„Flexibilität“ verursacht Unruhe in Bayern – er passt nicht in krachlederne Hosen –, aber wie ich an meiner Frau sehe, sind auch die Bayern lernfähig. Wir sollten angesichts der Forderungen der B-Länder vorsichtig sein. Diese Forderungen bekommen jetzt eine Eigendynamik, die für meine Begriffe kontraproduktiv ist.

Dr. Friedbert Pflüger: Ich möchte gern etwas zu dem Thema Osterweiterung sagen. Dass wir auf Kriterien achten müssen, ist klar. Bei aller politischen Wichtigkeit hat die EU die so genannten Kopenhagener Kriterien formuliert, und wir können die Beschreibung erst vornehmen, wenn diese Kriterien erfüllt sind. Wenn Sie sagen, dass wir uns dort Instabilitäten einhandeln und ethnische Probleme in der EU bekommen, dann muss ich Ihnen antworten: Ehrlich gesagt, umgekehrt ist die Gefahr größer, dass wir nämlich, wenn wir die EU nicht klar und entschieden erweitern – –

(Heide Rühle: So hat er es gemeint! Ich glaube, das ist ein Missverständnis!)

Dr. Friedbert Pflüger: So haben Sie es gemeint?

Fritz Petermann: Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, mit der Folge, dass jetzt mit Rumänien und Ungarn Verträge gemacht werden.

Dr. Friedbert Pflüger: Dann habe ich das genau umgekehrt verstanden. – Wir müssen natürlich auch sehen,

dass die Europäische Union nicht in einer Weise vergrößert wird, die nachher den ganzen vergrößerten Verein zu einem losen, nicht operationsfähigen, instabilen Etwas macht. Diesen Mittelweg müssen wir finden. In diesem Punkt bin ich etwas anderer Meinung als der Kollege Haussmann, der eben ein bisschen sehr großzügig über das Problem der Beschränkung der Freizügigkeit und der Übergangsfristen hinweggegangen ist.

Ich habe am Dienstag dieser Woche – man ist in dieser Angelegenheit jetzt jeden Tag unterwegs – mit 400 Bauunternehmern in Brandenburg diskutiert. Die haben nicht Angst vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit, sondern die haben Angst vor der Dienstleistungsfreizügigkeit, dass dann nämlich ein polnischer Subunternehmer irgendwo in Ostdeutschland Häuser und Straßen baut, aber alle seine Arbeitnehmer nach polnischem Steuerrecht bezahlt, d. h. die Löhne so auszahlt, wie es in Posen gang und gäbe ist, sodass unsere deutschen Unternehmer nicht mehr damit konkurrieren können.

Darauf müssen wir reagieren: Das heißt, wir müssen in diesen ganzen Prozess auch unsere Interessen einbringen und unsere Menschen schützen. Wenn wir den Eindruck vermitteln, das sei uns bei allem Europaenthusiasmus egal, werden die Menschen diesen Weg nicht mitgehen.

Klaus-Dieter Frankenberger: Das heißt, bei aller Akzeptanz des Friedensmotivs und des Motivs, den Stabilitätsraum auszuweiten, müssen wir zweierlei berücksichtigen: Zum einen gibt es den Beitritt zur Euro-

päischen Union nicht zum Nulltarif. Diese Länder müssen sich anstrengen, und sie müssen sich vorbereiten. Man darf ihnen allerdings nicht so viel abverlangen, dass sie nachher zusammenbrechen, wenn sie in der Gemeinschaft sind. Zum anderen geht es natürlich auch um soziale und wirtschaftliche Interessen.

Rudi Eisenbach: Ich komme von der Europa-Union Limburg. – Ich habe an die Vertreter aller vier Parteien eine, wie mir scheint, grundsätzliche Frage: Der Bundeskanzler hat in dieser Woche seine europapolitische Vision proklamiert und ist dabei auf Widerstand, insbesondere in Frankreich, gestoßen – vielleicht auch tagesaktuell, weil dort im kommenden Jahr Wahlen anstehen.

Meine grundsätzliche Frage: Sollten unsere deutschen Politiker nicht in Zukunft solche Fragen der Finalität vorher mit Frankreich absprechen – bei allen Schwierigkeiten –, um das gemeinsame Auftreten dieses unerlässlichen Tandems wieder aktuell zu machen?

Jo Leinen: Man muss genau hinsehen und erkennen, dass Gerhard Schröder in seiner Funktion als Parteivorsitzender ein Papier unterzeichnet hat, nicht als Bundeskanzler. Das heißt, dieses Papier ist eine Vorlage für den SPD-Parteitag, nicht für das Bundeskabinett.

In der Tat gibt es einen Spannungsbogen. Was die SPD beschließt, muss nicht unbedingt lupenrein im Verhältnis 1:1 in Regierungspolitik umgesetzt werden. Jeder, der Politik macht, hat das auch auf anderen Feldern

schon erlebt. Ich bin der Meinung, dass die beiden Regierungen im Dialog sind. Ich sagte schon, dass die heute im Elysée sind; die haben nämlich versprochen, sich alle sechs Wochen zu sehen. – Die Außenminister Fischer und Védrine malen dieselbe Verfassungskonstruktion auf.

Allerdings meine ich auch, dass wir uns nicht zu verstecken brauchen. Die Deutschen haben ihre Vorstellungen von Europa; die müssen sie auch für sich beschließen können. Ob das nachher aus der Debatte mit all den anderen als Ergebnis herauskommt, ist eine andere Frage. Aber man muss erst einmal wissen, was man selbst will. Daher bin ich glücklich und froh, dass wir jetzt ein Konzept vorlegen – die beiden Pole der Regierung, aber eigentlich auch parteiübergreifend – und die Partner einladen, zu sagen, wie sie dazu stehen und was ihre Alternative ist.

Die Franzosen müssen einmal sagen, wie ihre Alternative aussieht, und sie müssen sich daran messen lassen, ob die Alternative erstens effektiv ist, d. h. ob man danach handeln kann, und ob sie zweitens demokratisch ist, d. h. ob sie den Bürgern vermittelbar ist und von den Bürgern her auch legitimiert werden kann. So wird das ablaufen. Wir haben ein gewisses Maß an Hausaufgaben gemacht. Die anderen müssen die noch erledigen.

Klaus-Dieter Frankenberger: Wir werden sehen, ob Herr Jospin irgendwann in den nächsten 25 Jahren seine Europarede hält. Dann werden wir vielleicht die Antwort auf das Angebot bekommen.

Wolfgang Pühl: Ich finde diese Diskussion sehr spannend. Besonders gut hat mir gefallen, was Herr Dr. Pflüger gesagt hat. Er hat den Punkt getroffen, dass wir im Grunde genommen eine ganz, ganz wichtige Entscheidung vor uns haben. Sie haben Vergleiche mit der Osterweiterung bzw. mit der Wiedervereinigung Deutschlands gebracht.

Nur eines wurde in der gesamten Diskussion meiner Meinung nach ein wenig vernachlässigt: Die Politiker und die Insider – ob Beamte oder Parlamentarier, die sich sehr gut auskennen – haben große Probleme damit, wie sie eben dargestellt haben. An dem einen oder anderen Konzept wird man sicherlich noch ein wenig arbeiten müssen. Ich vermisse sehr stark, dass die Politiker, sei es der Bundestag, das Europaparlament oder auch die Länderparlamente – –

Ich meine, dass jetzt auch die Länder, also die regionalen Einheiten, zum Aufbruch blasen müssten. Wir bekommen zwar im nächsten Jahr den Euro – wir werden viel Pro und Kontra bekommen; ich hoffe, dass es pro Euro läuft –, aber im Grunde genommen kann man feststellen, dass uns die Zeit wegläuft. Sie haben von den Jahren 2002, 2004 und 2006 als dem Zeitpunkt gesprochen, zu dem die Osterweiterung abgeschlossen sein sollte.

Vor acht oder 14 Tagen hatte ich in Maastricht Gelegenheit, das Problem in einer Runde von Insidern zu erörtern. Die Hoffnungen der – ich sage einmal – geschun-

denen Beamten, die das vorbereiten sollen, auf ein gutes Gelingen sind noch viel geringer, als hier angedeutet worden ist. Diese Beamten sehen noch viel mehr Probleme.

Darum sollten jetzt die Länderparlamente und der Bundesgesetzgeber eine Kampagne starten, damit nicht nur die Politiker und die an diesem – ich sage einmal – Gebilde sehr Interessierten, sondern auch die Bürger eingebunden werden. Ich weiß, dass dies sehr schwer ist, aber es muss trotzdem angepackt werden. Es muss jetzt einfach eine Kampagne gestartet werden, dass in den Ländern – beginnend in den Kommunen – für die Osterweiterung geworben wird. So eine Kampagne vermissem ich ein wenig. Ich möchte gern Ihre Meinung dazu hören, wie Sie das in den nächsten Jahren geplant haben. Das Jahr 2001 ist schon fast zur Hälfte vorbei. Die Jahre 2002, 2003 und 2004 stehen unmittelbar vor der Tür.

Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, dass man Polen und den anderen Beitrittskandidaten – seien es zwei oder drei; es wäre nicht gut, wenn man mehr packen würde – nicht zumuten kann, länger zu warten, weil unsere Bevölkerung so unzufrieden und unaufgeklärt ist. Dann macht man mehr kaputt, als man Gutes erreicht. Darum interessiert mich, ob es in dieser Hinsicht eine gewisse Strategie gibt, die meines Erachtens erforderlich ist.

Abg. **Armin Klein:** Meine Damen und Herren, mein Beitrag zielt in dieselbe Richtung wie der meines Vorredners. Gut gefallen hat mir das Bild, das sowohl Sie, Herr

Leinen, als auch Sie, Herr Pflüger, gezeichnet haben: die historisch gewachsenen bzw. veränderten Grenzen, die allerdings damals durch Kriege und durch Könige bestimmt worden sind – auf diese Feststellung lege ich Wert. Gut gefallen hat mir auch der Begriff der „Wiedervereinigung Europas“, den Sie, Herr Dr. Pflüger, genannt haben.

Nur: Wir wollen ein Europa der europäischen Bürger. Wir haben heute Demokratie in Europa. Deswegen müssen wir sowohl die 82 Millionen Deutschen als auch die 300 bis 400 Millionen übrigen Europäer in diesen Prozess mitnehmen. Wie anfangs beklagt wurde, gelingt das bisher nur unzureichend.

Deshalb ist es richtig, wenn Sie eine – übrigens erfreuliche – Übereinstimmung in den Grundzügen der Europapolitik haben, vor allem auch, was die Charta angeht. Das gilt auch für die Landtage. Herr Haussmann, ich gehe davon aus, dass das auch für Bayern gilt, d. h. dass Bayern Europa nicht bekämpft. Herr Stoiber will Europa, aber er möchte eben auch eine gewisse Eigenständigkeit. Er pocht darauf, dass der Mensch – der Bürger, der Demokrat – in Deutschland wie auch in den übrigen Ländern Europas in diesen Prozess mitgenommen wird.

Ich sage das ganz bewusst noch einmal: Das kann er nur, wenn er Ansprechpartner hat und wenn er sieht, dass seine eigenen Interessen in Europa auf jeder Ebene richtig vertreten werden. Die sieben Europaabgeordneten in einem Land wie Hessen mit seinen sechs Millionen Einwohnern reichen als Ansprechpartner wohl

nicht aus – das kann ich auch bestätigen –, um Europa-politik dem Bürger persönlich beizubiegen.

Das heißt – mein Vorredner hat es bereits gesagt –, man muss auf allen Stufen versuchen, Verständnis für die Politik Europas herbeizuführen und diese Politik auch durchsichtiger als bisher zu gestalten. Das kann nicht geschehen – der Moderator hat es eingangs gesagt –, indem man versucht, möglichst viel zu konzentrieren und zu zentralisieren.

Frau Rühle, die Vogelperspektive ist gut, aber es geht nicht ohne die – wenn Sie so wollen – Froschperspektive. Es wird keine Kirchturmpolitik in den Ländern betrieben. Im Gegenteil: Wir wollen, dass Europa Kompetenzen hat, und wir wollen, dass Europa stark ist. Aber wir wollen auch, dass sich die Bürger in Europa vertreten sehen.

Deshalb darf Europa nicht jede Aufgabe an sich ziehen. Insofern hat Herr Stoiber Recht. Solange die Kompetenzen und Zuständigkeiten der einzelnen Länder, aber auch der Regionen nicht definiert sind, werden sie das Vertrauen der Bürger nicht haben. Gesamtkonstruktion Europa: Ja. Aber Sie müssen dem Bürger wohl oder übel sagen, was Europa, insbesondere nach der Osterweiterung, machen soll.

Ich glaube, es geht nicht um das Geld. So neidisch ist der Bürger doch nicht. Wenn es heißt, wir seien der größte Nettozahler, kann man leicht nachweisen, dass wir auch der größte Nutznießer in Europa sind. – Das alles muss man etwas aktiver gestalten. Wie schaffen wir also

am besten ein demokratisches Europa, das auch vom Bürger als ein solches verstanden wird?

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Klaus Breiding: Ich bin Mitarbeiter im Hessischen Kultusministerium. Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich möchte es aber noch zuspitzen. Haben Sie als Politiker vorne am Tisch nicht auch die Befürchtung, dass es eine weitere Spaltung gibt, nämlich eine Spaltung zwischen der Politik und den Bürgern? Ich habe den Eindruck, dass man Europa von oben nach unten baut und dass auch so gedacht wird. Es wird aber nie vom Bürger aus gedacht, es wird nie von unten nach oben gedacht. Das erklärt meiner Ansicht nach auch die Schwierigkeiten. Sie brauchen nur einmal auf sämtliche Euro-Barometer zu schauen – da nutzt kein Diskutieren –: Die Werte für Europa sind schlecht. Ich meine, das muss zum Nachdenken anregen.

Noch eine kleine Anmerkung. Wir sollten in der Tat – ich bin Landesbeamter – in der Kompetenzdebatte vorwärts kommen. Je mehr Sie sich aber mit Kompetenzabgrenzungen befassen, desto mehr kommen Sie dahinter, dass Sie dieses Problem mit Kompetenzkatalogen nicht lösen können. Das heißt, Sie müssen einen neuen Denkansatz finden, und der muss meiner Meinung nach sehr schnell gefunden werden.

(Allgemeiner Beifall)

Abg. Roland von Hunnius: Ich bin Europasprecher der FDP-Landtagsfraktion im Hessischen Landtag. – Ich möchte zunächst eine Information geben. Herr Pflüger, zu Ihrer Beruhigung: Alle Fraktionen des Hessischen Landtags haben sich bereits am vergangenen Dienstag für die Konventslösung ausgesprochen. Trotz unterschiedlicher Anträge – es führt zu weit, das jetzt zu erläutern – :Alle sind dafür, und das ist, glaube ich, die entscheidende Botschaft, die wir, zumindest für Hessen, vermelden können.

Eines der wenigen konkreten Ergebnisse von Nizza – möglicherweise das Einzige – war, dass man sich auf einen neuen Termin, nämlich auf das Jahr 2004, geeinigt hat. Dieser Termin wird fast ohne Diskussion von allen akzeptiert. Ich möchte fragen, ob das nicht zu spät ist. Ich meine: Haben wir noch so viel Zeit, um bis zum Jahre 2004 zu diskutieren, wie und ob wir überhaupt weitermachen wollen? Denn ich gebe zu bedenken, dass im Jahre 2004 zwei Ereignisse anstehen: Wir haben die Wahlen zum Europaparlament – wohl noch ohne die Beitrittskandidaten –, und wir haben eine neue Kommission zu bilden. All das fällt mit einem europäischen Gipfel zusammen. Da kann ich nur zu den guten Ergebnissen beglückwünschen. Deswegen meine Frage: Ist nicht das Jahr 2003 das bessere Datum, wenn man wirklich Schwung in diese Entwicklung hineinbringen will?

Dr. Günther Beine: Ich setze mich seit 50 Jahren für die Volkerverständigung und für die Integration Europas ein. – Ich möchte zunächst eine Feststellung treffen. Wie

es um Europa steht, haben wir eigentlich erlebt. Hier an diesem Mikrofon und dort drüben haben nur ältere Menschen gestanden, aber keine Jugendlichen. Das zeigt zunächst einmal, dass unsere Informationen über Europa nicht den richtigen Weg nehmen.

Deshalb geht meine erste Bitte an Sie, Herr Frankenberg: Leider ist in der Presse, was Europa betrifft, eine schlechte Nachricht immer eine gute Nachricht. Warum gibt es in der Presse nicht öfter etwas Optimistischeres über Europa zu lesen? Einer Ihrer Kollegen hat vorgestern auf einer Veranstaltung in Bad Homburg seine Moderation mit den Worten eingeführt: Wenn wir jetzt eine Umfrage mit der Überschrift: 'Bürger, wollt ihr Europa?' machen würden, würde sich herausstellen, dass alle Europa ablehnen.“ – Ich habe mich zu Wort gemeldet und gesagt, dass man dann aber drei Fragen stellen müsste: Erstens. Wollt ihr, wenn ihr nach Mallorca fahrt, wieder eine Devisengenehmigung und ein Visum beantragen? Zweitens. Wollt ihr, wenn ihr in London oder Mailand etwas einkauft, wieder eine Einfuhrgenehmigung beantragen und Zoll zahlen? Dritte Frage, an die Jugendlichen gerichtet: Wollt ihr, dass der Schüleraustausch innerhalb Europas und die Möglichkeit, frei in ganz Europa zu studieren, wieder abgeschafft werden? – Über solche positiven Ansätze lese ich leider zu selten.

(Allgemeiner Beifall)

Herr von Hunnius, wir kennen uns gut. Trotzdem kritisieren Sie jetzt. Sie sagen, der neue Termin sei das Einzige, was in Nizza erreicht worden sei. Nein, etwas sehr Wesentliches ist dort erreicht worden: Die Charta der

Grundrechte wurde verabschiedet, wenn auch leider nur als Empfehlung, denn England hat wieder einmal den letzten Erfolg, nämlich dass sie verbindlich wird, verhindert. Meine Bitte an Sie: Machen Sie Ihren Einfluss geltend, damit die Themen, die Europa betreffen, in den Medien etwas positiver dargestellt werden. Ich glaube, das wäre für die Stimmung in der Bevölkerung sehr gut und würde das Klima verbessern.

Auch an die Abgeordneten habe ich noch eine Bitte: Ich habe Dutzende von Vorträgen zum Thema Euro gehalten und weiß, dass sich das Europaparlament, die Kommission, die Bundesregierung und die Parteien alle bemüht haben, die Bevölkerung zu informieren. Nur hat es leider nicht geklappt. Noch heute ist die Bevölkerung über den Euro relativ schlecht informiert. Insbesondere Jugendliche – ich habe am Mittwoch in einer Schule mit Jugendlichen diskutiert – sind über den Euro schlecht informiert.

Setzen Sie sich mit Leuten zusammen – Werbeagenturen –, die eine bessere Informationskampagne in Sachen Euro in Gang setzen, denn es hat keinen Zweck, die Bevölkerung mit Hochglanzbroschüren zu beglücken. Das ist nicht das Richtige. Ein Beispiel dafür: Wir haben den Konvent für die Grundrechte gehabt. Er hat erfolgreich gearbeitet. Jeder Bürger konnte sich an ihn wenden. Kaum einer hat das gewusst. Fast niemand hat es getan. Bei dem neuen Konvent sollte sich der Bürger eigentlich einbringen. Dafür brauchen wir eine bessere Informationspolitik.

(Allgemeiner Beifall)

Klaus-Dieter Frankenberger: Ich bewundere Ihren Enthusiasmus und Ihren Einsatz für Europa, möchte ihn aber doch ein bisschen dämpfen. Schauen Sie sich die Qualitätszeitungen in Deutschland an. Es gibt drei oder vier große überregionale Zeitungen – fünf, wenn man die „taz“ hinzunimmt –, die zwei Dinge gemeinsam haben: Sie sind für Europa und für die Integration, und sie alle haben eine sachliche, umfassende Berichterstattung, die sich vorteilhaft gegenüber dem ausnimmt, was die meisten anderen Länder auf diesem Feld zu bieten haben. Das ist das eine.

Zweitens. Man kann soundso viel Volkshochschule machen. Für den Euro ist relativ viel geworben worden. Die Leute haben relativ viele Chancen gehabt, dieses Thema zu verstehen und den Euro anzunehmen. Man darf den Bürger auch nicht heroisieren. Wenn ihn das Thema nicht interessiert und wenn er es nicht zur Kenntnis nehmen will, dann nimmt er es eben nicht zur Kenntnis.

Drittens. Ich glaube, einen fundamentalen Fehler dürfen wir nicht machen. Wir sollten für Europa werben – das sehe ich als meine Aufgabe als Staatsbürger an –, aber wir dürfen Europa nicht idealisieren. Wir dürfen nicht so tun, als sei alles Friede, Freude, Eierkuchen. Es muss akzeptiert werden, dass es Wähler gibt, die das nicht wollen.

Wenn ich mich an die Debatte über die Währungsunion erinnere, fällt mir auf, dass es in Europa zwei Länder gibt, in denen diese Debatte sehr intensiv und sehr kon-

rovers geführt wurde und in denen die Zeitungen eine Berichterstattung gemacht haben, die einer Kampagne ähnelte. Das war eine sehr intensive politische und publizistische Debatte. Es wundert mich nicht, dass das die beiden Länder sind, die den Euro abgelehnt haben, nämlich Großbritannien und Dänemark.

Wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass die Situation in Deutschland im Jahr 1991 folgendermaßen aussah: Als die „Bild“-Zeitung mit dem Slogan kam „Die nehmen uns die Mark weg“, war hier etwas fällig, da ging es hier los.

Ich spitze das ein bisschen zu: Die damalige Bundesregierung hat ihn gegen – ich sage das einmal so – breites Unwohlsein und Widerwillen in der Bevölkerung, in der Wissenschaft und in der Publizistik durchgesetzt. Sie hat das ignoriert. Es war richtig, dass sie sich damals durchgesetzt hat. Dieses Verhalten nennt man – in positivem Sinne – Führungskraft.

Wir kritisieren die Regierung, wenn sie sich so verhält, aber wir kritisieren die Regierung auch, wenn sie das nicht macht. Das ist also auch kein idealer Maßstab. Man muss manchmal auch Dinge tun, die die Politiker – die Regierung – für richtig halten. Dass ein großer Teil der Bevölkerung das nicht akzeptiert bzw. nicht in dem Maße akzeptiert, wie Sie sich das wünschen, muss man gegebenenfalls hinnehmen. Ich persönlich glaube, dass es auf die Dauer nicht auszuhalten sein wird, wenn die Spannungen so groß werden, dass die Politiker in die eine und die Wähler in die andere Richtung marschieren. Diese Spannung lässt sich nicht aushalten.

Aber es wird nicht immer so sein, dass die Bürger bei allem, dem das Wort „Europa“ vorangestellt wird, in Begeisterungstürme ausbrechen. Diese Zeiten sind vorbei; sie werden sich auch nicht mehr zurückholen lassen. Wenn Sie bei der nächsten Wahl mehr als 40 % Beteiligung haben – das ist jetzt eine Prognose für den Abgeordneten des Europaparlaments –, können Sie sich schon einen ausgeben. Ich bezweifle nämlich, dass das der Fall sein wird.

Abg. Hildegard Klär: Ich bin Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende der Europa-Union in Hessen. – Zunächst einmal möchte ich eine Lanze für das Land Hessen brechen. Wir haben seit drei Jahren ein Euro-Infomobil, das unter anderem indirekt von der Europa-Union, nämlich durch unsere Bildungseinrichtung, aber auch durch das Land Hessen – vor allen Dingen durch die Staatskanzlei – unterstützt wird. Es hat in den ersten beiden Jahren – auch jetzt noch – ganz gezielt über den Euro informiert. Dieses Infomobil ist ein kleiner Transporter, der mit Broschüren ausgestattet ist und von zwei jungen Leuten gefahren wird, die sehr engagiert Antworten auf europapolitische Fragen geben können. Ich empfehle allen – vor allem den Schulen –, die nach der Sommerpause vielleicht noch Termine haben, sich an die Staatskanzlei zu wenden, um einen Termin zu bekommen, damit dieses Infomobil auch die Schulen erreicht; das machen die beiden nämlich besonders gern.

Ich gehöre der Opposition an. Ich denke aber, in Fragen

der Europapolitik ist es gerechtfertigt, die Landesregierung zu loben und auf unser Infomobil hinzuweisen. Aber das ist nicht mein Beitrag. Ich habe eine Frage an das Podium: Es gibt den Ausschuss der Regionen. Im Ausschuss der Regionen arbeiten die Vertreterinnen und Vertreter der Regionen und der großen Städte in Europa, unter anderem das Land Hessen. Der Ausschuss der Regionen fordert im Rahmen der Verfassungsdiskussion, als dritte Kammer aufgewertet zu werden. Dazu möchte ich gern die Meinung der Personen auf dem Podium hören, um zu erfahren, was sie davon halten. Dabei wende ich mich besonders an Herrn Pflüger. Wenn Sie diesen rigiden Kompetenzkatalog fordern, frage ich mich: Wenn die Kompetenzen im Einzelnen auf der Europa-, Bundes- und Landesebene festgelegt werden, brauchen wir dann noch einen Ausschuss der Regionen?

Klaus-Dieter Frankenberg: Wer möchte sich aus dem Kreis der Schüler melden? Drängt es einen oder eine?

Schüler der Rhein-Main-Schule Dr. Obermayr: Für mich stellt sich das Problem der Orientierungslosigkeit, der Kompetenzfrage. Man weiß nicht, wer für was zuständig ist. Man hört etwas von der EU und weiß, dass es ein paar Ausschüsse und Tagungen gibt. Wer für was zuständig ist, sehe ich aber nicht. Deshalb ist das so eine Sache mit der Begeisterung für Europa: Ich finde es gut, dass es so etwas gibt, aber das Problem besteht einfach in der Orientierungslosigkeit. Man weiß nicht, wohin man sich bewegt und was das Ganze eigentlich

soll. Wird es eins werden, wird es doch nicht eins werden, wird es zum Wirtschaftsverband – keine Ahnung.

(Allgemeiner Beifall)

Klaus-Dieter Frankenberg: Der Beifall ist verdient. Wer möchte sich noch Beifall verdienen?

Wir haben ein paar Fragen an die Teilnehmer auf dem Podium gehört: Gibt es eine Strategie, um Zustimmung für Europa zu erzeugen? Was muss getan werden, um den Bürger mitzunehmen? – Schröder nimmt immer gern irgendwelche Leute mit; es wird ihm schon etwas einfallen. – Spannung zwischen Politik und Bürgern: Politik und Wirtschaft marschieren stramm in Richtung Europäisierung; die Bürger denken national, gewiss regional, jedenfalls aber lokal. Das sind die Dinge, die Identitäten schaffen.

Ist diese Spannung auszuhalten? Was muss man tun? Gönnen wir uns nicht zu viel Zeit, wenn wir das Projekt „Verfassungsdiskussion“ erst im Jahre 2004 zu Ende bringen? Andere Termine drängen. Verliert der Ausschuss der Regionen an Bedeutung? Könnte er an Bedeutung verlieren? Das Gefühl der Orientierungslosigkeit im Gestrüpp der europäischen Institutionen: Wer hat den Fahrplan in der Hand? Kann man den Fahrplan ein bisschen übersichtlicher gestalten? Kann man die Ordnung ein bisschen transparenter machen? Wir reden immer von Transparenz und wissen dabei genau, dass alles immer weniger transparent, immer undurchsichtiger wird. – Das ist im Grunde der

Auftrag für die nächsten Jahre.

Heide Rühle: Ich möchte mit der Frage der mangelnden Transparenz anfangen, d. h. damit, dass man nicht weiß, an wen man sich wenden kann und soll. Ich glaube, das hat etwas damit zu tun, dass es in Europa sehr viele gewachsene Strukturen gibt. Bis heute ist noch kein Prozess in Gang gekommen, um diese Strukturen wieder zu vereinfachen und klare Zuständigkeiten zu schaffen. Wenn man das mit Kompetenzbegrenzung meint, dann muss ich sagen, dass man bei mir offene Türen damit einrennt. Das finde ich richtig; das muss sein. Für die Bürgerinnen und Bürger muss klar sein, welche Ebene was entscheidet. Es muss natürlich klar sein, wo die Verantwortung liegt, d. h. wen man in die Verantwortung nehmen kann. An diesen Prozessen arbeiten wir im Moment. Das ist das, was als „Verfassungsprozess“ bezeichnet wird. Aber ich denke, dass wir dafür Zeit brauchen.

Es ist richtig, dass das Jahr 2004 ein sehr später Zeitpunkt ist. Auf der anderen Seite wissen wir – da müssen wir abwägen –, dass die Grundrechtecharta zu wenig Zeit hatte. Der Konvent hätte noch ein halbes Jahr länger gebraucht; dann hätte er mehr Öffentlichkeit schaffen können. Ich glaube, in der heutigen Zeit ist die Schaffung von Öffentlichkeit wichtiger als die Frage des Zeitpunkts. Meine Vorstellung ist daher: Bis 2003 oder 2004 haben wir genügend Zeit, um diese Debatte zu führen. Das ist eine Debatte, die immer wieder vermittelt werden muss, d.h. zu der es immer wieder öffentliche Veranstaltungen geben muss, um einzubinden, einzubezie-

hen und deutlich zu machen: Diese Struktur steht nicht für sich, sondern sie soll eine Struktur sein, die für die Bürgerinnen und Bürger Europas da ist.

Für einen wichtigen Bestandteil der Verfassungsdebatte halte ich, dass man an die Vereinfachung der Verträge geht. Wir haben inzwischen ein sehr umfangreiches Vertragswerk, das allerdings – das muss auch sein – in Juristendeutsch geschrieben und daher für Außenstehende nur sehr schwer zu verstehen ist. Es werden jetzt Anstrengungen gemacht, diese Verträge zu vereinfachen, was ich auch für richtig halte. Die Grundrechtecharta – darauf pochen wir als Parlament – soll als Präambel dieser vereinfachten Verträge gelten, also als das Vorwort dieses Vertragswerks. Ich finde auch, dass diese Grundrechtecharta viel mehr publiziert werden muss. Es gab einmal die Vorstellung, dass man dieses Vorwort in den Schulkassen aushängen und viel mehr darüber informieren sollte.

Dazu muss ich allerdings sagen: Mit Informationen allein ist es nicht getan. Zum Thema Euro gibt es nicht nur in Hessen, sondern auch bundesweit eine Kampagne, die durch 23 Städte in ganz Deutschland tingeln wird. Es gibt auch europäische Kampagnen. An und für sich gibt es viel Material zu Europa.

In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings noch einmal auf die Frage der Transparenz zurückkommen: Solange diese Informationen zu wenig fassbar sind, solange nicht klar ist, was man sich z. B. unter dem Ministerrat, unter dem Europarat oder dem Rat der Verkehrsminister vorzustellen hat – solange also diese Fragen

für die Bürgerinnen und Bürger zu wenig durchsichtig sind und man als Europaabgeordneter immer einen Volkshochschulkurs abhalten muss, um Verständnis für die europäischen Institutionen zu wecken, wird man keine Begeisterung für Europa hervorrufen können. Wir brauchen klarere, fassbarere und transparentere Strukturen, und wir brauchen – der Meinung bin ich auch – ein Parlament, das ein wirkliches Parlament ist.

Wenn das Europaparlament von den Bürgerinnen und Bürgern zu wenig ernst genommen wird und die Wahlbeteiligung zu gering ist, hat das auch etwas damit zu tun – das kommt bei mir sehr häufig an –, dass die Bürgerinnen und Bürger sagen, dieses Parlament sei kein richtiges Parlament. Das stimmt auch. Für die Hälfte des Etats des gesamten Agrarhaushalts sind wir im Moment noch nicht zuständig. Das entscheidet immer noch der Ministerrat. Die ganzen Interventionspreise werden dort ausgekungelt, und das Parlament muss sie anschließend schlichtweg durchwinken. Wenn wir als Parlament einmal für die wesentlichen Fragen, d. h. auch für den gesamten Haushalt, zuständig sind, werden die Debatten interessanter. Dann wird es auch für die Bürgerinnen und Bürger interessanter, sie im Fernsehen oder in der Zeitung zu verfolgen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir in Europa eine volle Parlamentarisierung brauchen. Ich versuche immer, den Abgeordneten des Landtags und des Bundestags zu vermitteln, dass dies keinen Machtverlust bedeutet. Meines Erachtens bedeutet das sogar einen Machtgewinn – einen Machtgewinn für die parlamentarische Ebene. Im Moment ist die größere Gefahr in Europa,

dass die Regierungen alles untereinander auskungeln und dass die Parlamente zu wenig zu sagen haben. Dagegen sollten wir als Parlamentarier gemeinsam antreten.

Klaus-Dieter Frankenberger: Wenn jemand den Euro-Parat mit dem Europäischen Rat verwechselt, ist das peinlich, aber noch nicht richtig schlimm. Es gab einmal einen Europaabgeordneten, der von dem Vorsitzenden seines Heimatwahlkreises als Herr XY vom Europacup vorgestellt wurde. Das ist wirklich schlimm.

(Heiterkeit)

Prof. **Dr. Helmut Haussmann:** Ich habe nicht die Zeit, auf alle Fragen einzugehen. Das ist ein Dialog. Wir haben also auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte aus meiner subjektiven Sicht drei Punkte nennen:

Erstens. Europa, Osterweiterung, Euro – das sind natürlich die Vorboten einer unvermeidlichen Globalisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch der Politik. Insofern dürfen wir das Thema Europa nicht zu volkshochschulmäßig, zu rechtstheoretisch behandeln, sondern wir müssen einfach sagen: Die Europäisierung von Wirtschaft und Politik – mit der nachlassenden Steuerfähigkeit der Wirtschaft und der Politik durch den Nationalstaat – ist ein Zwischenstadium auf dem Weg zu globalen Regelungen. Das wirkt jetzt sehr theoretisch, aber wir müssen heute eine andere Begründung als in der Nachkriegszeit geben.

Damals war die Vermeidung von nationalen Konflikten eine Konsequenz aus der gemeinsamen geschichtlichen Erfahrung. Diese Erfahrung liegt heute in der jüngeren Generation nicht mehr vor. Deshalb ist der Prozess, eine neue Begründung für Europa zu finden, sehr viel komplizierter und schwieriger. Zwischen Nationalstaat einerseits und globalen Institutionen andererseits gibt es aber nur Europa als Alternative. Aus der Sicht aller anderen Kontinente ist Europa die einzige neue, multinationale Institution. Das beflügelt mich auch angesichts aller negativen Erfahrungen mit Vermittlungsprozessen.

Zweitens. Der Unterschied zwischen den Reaktionen auf den Euro und den Reaktionen auf die Osterweiterung macht mir große Sorgen. So schwierig das mit dem Euro auch war – ich hatte Hunderte von Veranstaltungen –, kann ich doch sagen, dass es relativ konkret war: Es geht um Geld, um die Geldbeutel, und wir hatten – zumindest am Schluss – in den Banken, in der Wirtschaft und bei anderen gewisse Verbündete.

Das ist bei der Osterweiterung leider nicht der Fall. Das ist ein großes Problem. Die Osterweiterung ist ein schönes europapolitisches Ziel, aber bedingt durch eine reduzierte Öffentlichkeit kommen hier nur die Beschwerden an: mehr Wettbewerb im Dienstleistungssektor und mehr Wettbewerb in der Freizügigkeit. Deshalb glaube ich, dass es nur besser werden kann.

Man darf diesen Vermittlungsprozess nicht allein den Politikern überlassen. Das ist mein Hauptvorwurf an die Eliten. Die Eliten in Deutschland, ob im Sport, in den

Medien oder in den Unternehmen, haben täglich Erfolge aufgrund europapolitischer Prozesse zu verzeichnen, auch aufgrund der Osterweiterung. Sie teilen diese Erfolge aber nicht mit, sondern konsumieren sie nur. Die Diskussion wird von den vermeintlichen Verlierern dieses Prozesses geführt. Die dominieren. Solange dieses Verhältnis nicht umgekehrt werden kann, wird es sehr, sehr schwierig.

Nächster Punkt: Die zunehmende Europäisierung führt – das ist für mich das Erfreuliche – zu immer mehr positiven persönlichen Erfahrungen. Ich möchte zwei Aspekte nennen, die außerhalb meiner politischen Tätigkeit liegen. Ich arbeite für ein großes europäisches Unternehmen. Immer mehr meiner Mitarbeiter sind in europäischen Meetings involviert. Natürlich könnten die noch mehr für Europa tun. Aber die Alternative „Wir lassen das, wir halten uns zurück, wir treten dagegen an“ ist für diese Leute völlig undenkbar.

Was das Studium betrifft – ich bilde europäische Betriebswirte aus –: Mehr als die Hälfte der Studenten sind keine Deutschen. Im täglichen Unterricht – Deutsch, Englisch und Französisch – funktioniert das hervorragend. Das sind immer nur kleine Gruppen, aber ich kann nur sagen, dass wir das Ganze nicht zu theoretisch sehen dürfen. Das heißt also, wir müssen durch Ausbildung, durch Firmenzusammenschlüsse und durch Kooperation praktische Erfahrungen schaffen, um einfach zu zeigen, dass europäische Lösungen nationalen Lösungen überlegen sind.

Letzter Punkt. Hier bin ich anderer Meinung und sehe

das auch als Gefahr für das europäische Bewusstsein: Ich sehe eine große Gefahr für das deutsch-französische Verhältnis. Die Art, wie das jetzt eingeführt wird – Berliner Republik; Dominanz, wir Deutsche sagen einmal, was Sache ist –, wird in Frankreich zu einem Wahlkampfthema negativer Art führen. Die Leute werden sehen, dass das deutsch-französische Verhältnis schlechter denn je ist. Aber es gibt keinen Ersatz für das deutsch-französische Verhältnis. Darin sehe ich eine der größten Gefahren.

Die französische Elite ist nicht davon überzeugt, dass eine Verfassung und die Osterweiterung in ihrem eigenen Interesse liegen. Die französische Elite hat genügend Möglichkeiten, weitere Fortschritte zu verhindern, wenn man keine anderen Wege geht. Man muss mit den Franzosen langsamer vorgehen und sie davon überzeugen, dass das in ihrem eigenen Interesse liegt.

(Allgemeiner Beifall)

Jo Leinen: Vier Bemerkungen. Die Politik hat gegenüber den Bürgern eine Bringschuld, was das Projekt Europa angeht. Sie muss für die großen Projekte der europäischen Einheit werben und die Bürger informieren. Diese Bringschuld wird nur defizitär und ungenügend eingelöst. Es gibt eine Halbherzigkeit, was Europa betrifft. Das spüren die Bürger. Wenn diese Klarheit fehlt, darf man vom Bürger nicht erwarten, dass er sich von sich aus mit Begeisterung engagiert.

Wir brauchen die Europäisierung der Parteien. Wir brau-

chen in der politischen Infrastruktur Europas einen Aufbau von unten nach oben, sodass Europa kein Randthema, sondern ein Kernthema ist. In den Parteien genauso wie in den Parlamenten erlebt man, dass das Thema Europa kurz vor dem Thema Entwicklungspolitik rangiert und eigentlich gern weggeschoben wird. Das geht immer weniger; das ist wohl klar. Aber das Thema Europa hat noch nicht den Stellenwert, den es eigentlich haben müsste. Wenn ich sehe, was wir im Europaparlament alles von Monat zu Monat entscheiden – gigantische Themen in einer globalisierten Welt –, gewinne ich die Überzeugung, dass das auch jeden Tag im Herzen der politischen Debatte zu Hause sein müsste.

Ich bin der Meinung, dass die Bürger in ihrer Mehrheit nach wie vor für Europa sind. Man darf die Kritik an diesem und jenem nicht mit einer grundsätzlichen Gegnerschaft verwechseln. Auch die nationale Politik wird jeden Tag kritisiert. Wenn Sie Umfragen machen, stellen Sie fest, dass immer die Hälfte der Befragten unzufrieden ist. Das gilt für alle Ebenen – von Berlin bis hin zu den Kommunen. Trotzdem lehnen die Bürger deshalb nicht Deutschland, Hessen oder Wiesbaden ab. Ich bin optimistisch, dass die Bürger schlau genug sind, zu bemerken, dass Europa die Einheit ist, die uns in die Lage versetzt, uns in diesem Jahrhundert zu behaupten und unseren Wohlstand und unsere Sicherheit zu bewahren. Zwar ist dieser Prozess in Dänemark schiefgegangen. Dänemark ist ein Sonderfall, denn die politische Klasse dort hat mächtig versagt. Man kann Europa nicht immer schlecht machen und dann erwarten, dass die Bürger im Referendum für Europa stimmen.

In Frankreich und in Irland gab es auch Abstimmungen zum Euro. In Frankreich ist die Einführung des Euro zwar knapp, aber immerhin mit der Mehrheit der Stimmen beschlossen worden. Wenn die Engländer ihre Wahlen hinter sich haben – im Juni steht ihnen ein Referendum bevor; ich schätze den britischen Pragmatismus –, und wenn sie im nächsten Jahr sehen, dass wir das Geld haben und nicht mehr umtauschen müssen, habe ich eigentlich die Hoffnung, dass auch die Briten Ja zum Euro sagen. Dann werden auch die Skandinavier kommen.

Zur Kompetenzverteilung. Ich warne davor, dieses Thema heiß laufen zu lassen, weil sich dann herausstellen könnte, dass es sich nur um einen heißen Ballon handelt. Man darf nicht den Eindruck erwecken, als müssten die Kompetenzen zwischen Europa und den anderen Ebenen neu verteilt werden. Brüssel verfügt über keine Kompetenzen, von denen die Länder und die Nationen nicht gewollt haben, dass sie in Brüssel sind. Es geht eher darum, dass man mit dieser oder jener Entscheidung aus Brüssel nicht einverstanden ist, dass man an der Prozedur beteiligt wird, und es geht darum, wie intensiv vielleicht die eine oder andere Regelung ausgefallen ist.

Da gibt es einen Bürokratismus, der auch mit der merkwürdigen Form des Gebens und Nehmens zusammenhängt, wie sie im Ministerrat zustande kommt. Da sagt ein Land: Ich will aber das haben, und nur, wenn du mir das gibst, bekommst du etwas anderes. – Dabei kommen Regelungen heraus, die komplizierter sind, als sie sein müssten. Das hat etwas mit „Government“ zu tun.

Das Wort lässt sich kaum ins Deutsche übersetzen; es heißt so viel wie „gutes Regieren in Europa“.

Es läuft eine Parallelerdebatte, die wir intensiv führen müssen: Wie werden Kommunen und Regionen an der Formulierung von europäischen Regeln beteiligt? Wie werden die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Gewerkschaften beteiligt?

Da liegt auch meine Antwort auf die Frage von Frau Hildegard Klär. Wir nehmen den Wirtschafts- und Sozialausschuss als Vertreter der sozialen Organisationen, und wir nehmen den Ausschuss der Regionen als Vertreter der territorialen Organisationen. Beide können keine Kammern oder Institutionen werden, sondern sind beratende Gremien der Exekutive und der Legislative. Ich bin dagegen, ihn zu einer dritten Kammer auszuweiten, wobei ich als ehemaliges Mitglied des Ausschusses der Regionen für das Saarland für die Verstärkung der Rolle des AdR in der Konsultation und in der Information bin.

Letzter Punkt. Zu der Aussage unseres jungen Vertreters hier im Saal: Ich glaube, dass die EU bürgernah in dem Sinne sein muss, dass sie Projekte schafft, mit denen man sich auch identifizieren kann. Die Kompetenzen sind nicht alles. Auch in Deutschland weiß der Bürger kaum, was der Bundestag und der Bundesrat sind. Das ist auch nicht entscheidend. Man braucht Projekte, mit denen man sich identifizieren und an denen man sich beteiligen kann. Ich bin z. B. der Meinung, dass wir in ganz begrenzten Fällen ein europäisches Referendum durchführen können; denn ich glaube, dass es eine

europaweite Diskussionslage gibt – siehe BSE und Kosovo. Wir haben Themen, die europaweit – über Sprachgrenzen hinweg – vorhanden sind und bei denen die Bürger vielleicht auch im Rahmen eines Referendum beteiligt werden können.

Ferner werbe ich dafür, ein Projekt „Europäischer Zivildienst“ zu starten. Das geht gerade unsere jungen Leute an. Alle Länder stehen vor der Frage, die Freiwilligenarmee in eine Berufsarmee umzuwandeln. Es wäre gigantisch, wenn man ein Jahr Zivildienst in einem anderen Land machen könnte – in einem Krankenhaus, einem Altenheim, einer Behindertenanstalt oder beim Umweltschutz. So ein Projekt würde sofort Europabewusstsein und europäische Identität schaffen. Vielleicht kommen wir ja dahin.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Friedbert Pflüger: Zunächst möchte ich sagen, dass sich die Orientierungslosigkeit, von der hier gesprochen wurde, nicht nur auf die Europapolitik bezieht. Diese Orientierungslosigkeit erleben wir überall – nehmen wir nur den technischen Fortschritt und die ganze Komplexität unserer Gesellschaft. Ich möchte dem Schüler, der diese Frage berechtigterweise gestellt hat, antworten: Daran wird die Politik nichts ändern können. Das ist einfach unsere Lebenswirklichkeit. Mit dem zunehmenden Internationalismus – mit der Globalisierung – wird eben alles komplizierter.

Es bedarf einer ziemlich großen Anstrengung der Bür-

ger. Wir als Politiker sind aufgefordert, wir haben die Bringschuld – da hat Herr Leinen Recht –, aber die Bürger müssen sich auch wirklich interessieren wollen. Wir geraten in eine Zeit, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Harald Schmidt gesehen wird – ich sehe ihn auch – und dass viele Leute gar nicht mehr bereit sind, zu lesen und sich etwas zu erarbeiten. Trotzdem stellen sie sich immer hin und sagen: Aber die Politik informiert uns nicht. – Wir machen sicherlich Fehler, aber vielleicht sollte sich jeder überlegen, ob er nicht mehr lesen und sich ein bisschen anstrengen sollte.

Zweiter Punkt. Ich glaube, dass die Zustimmung zu Europa gar nicht so gering ist und dass die meisten Bürger wissen, dass sie der Europäischen Union das größte Gut überhaupt, nämlich den Frieden, verdanken. Noch vor ein paar Jahrzehnten haben wir uns auf diesem Kontinent gegenseitig die Gurgeln durchgeschnitten. Vor zehn Jahren noch drohte ein großer Nuklearkrieg. Daran denken wir heute gar nicht mehr. Dass Sie mit den französischen, holländischen und demnächst auch polnischen Jugendlichen ganz normal umgehen können und gar nicht auf die Idee kommen, dass das Erbfeinde sind, verdanken Sie Europa. Wenn einer sagt, wir würden nicht vom Bürger her denken, ist folgendes Argument nach wie vor am überzeugendsten – wir reden dauernd von den Kosten der Osterweiterung –: Was würde es kosten, wenn wir sie nicht machen würden?

Bitte verzeihen Sie mir, dass ich jetzt nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehe. Ich finde es sehr gut, dass hier gefordert worden ist, mehr zu diskutieren. Königswege gibt es nicht, aber es muss immer wieder die An-

strengung unternommen werden, zu diskutieren und jede Gelegenheit wahrzunehmen. – Vielen Dank, Herr Lenz, für diese fabelhafte Veranstaltung.

(Allgemeiner Beifall)

Klaus-Dieter Frankenberger: Wir sind damit am Ende eines Eröffnungszuges. Ich bedanke mich herzlich bei den Teilnehmern auf dem Podium, und ich bedanke mich bei Ihnen im Saal für Ihr Interesse und Ihre Geduld. Sie werden mir ersparen, dass ich sozusagen die Quersumme schließe. Eine Bemerkung möchte ich allerdings noch machen. Wenn das neue, große Europa seine Aufgaben, die es notwendigerweise hat, gut macht, werden die Leute es akzeptieren. Die Bürger werden sich deshalb – salopp gesprochen – nicht die Blusen vom Leib reißen, aber sie werden dieses Europa akzeptieren, und sie werden akzeptieren, dass neben ihrer lokalen, regionalen und nationalen Identität auch das Bewusstsein für die Chancen und Möglichkeiten eines großen Europas entsteht.

Schlusswort

Aloys Lenz: Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und bei den Politikern, die eigens für diese Veranstaltung nach Wiesbaden gekommen sind und ihre Zeit geopfert haben. Wir konnten Ihnen nur ein herrliches Ambiente bieten. Aber das ist nicht unser täglicher Arbeitsplatz – wir tagen sonst in viel nüchterneren Räumen –, sondern exklusiv für die Gäste.

Ich möchte mich für die Beiträge aus dem Publikum bedanken und auch bei der Sozialministerin, die, wie sie eingangs gesagt hat, früher gehen musste. Es war nicht ihr Desinteresse, sondern sie musste einen Termin wahrnehmen, der nicht zu verschieben war. – Herzlichen Dank für die Beiträge. Ich glaube, dass sie dazu geführt haben, dass wir sagen können: Dies war eine Diskussion auf hohem Niveau.

Ich habe eingangs gesagt, dass dies die erste öffentliche Veranstaltung eines Ausschusses des Hessischen Landtags überhaupt ist – eine öffentliche Veranstaltung, die versucht, auch junges Publikum einzubeziehen. Der Verlauf und die Qualität dieser Podiumsdiskussion haben mich darin bestärkt, sie als eine Art jährliches Gesprächsforum fortzusetzen und sie in der Europawoche des kommenden Jahres wieder aufzugreifen. Denn solche Diskussionen mit der Öffentlichkeit sind notwendig – das haben wir heute gespürt. Über die aktuellen Themen – Verfassungsvertrag, Osterweiterung – muss eben auf breiterer Basis diskutiert werden. Ich denke, dass die Veranstaltung erfolgreich war und einen Beitrag zum Dialog mit der Öffentlichkeit dargestellt hat. – Herzlichen Dank für ihr Kommen, herzlichen Dank für Ihr Interesse.

Biografische Hinweise

Prof. Dr. Helmut Haussmann, MdB

Selbständiger Beratungsunternehmer

Bundesminister a. D.

Geboren am 18. Mai 1943 in Tübingen; evangelisch; verheiratet. 1961 Abitur. Bankpraktikum bei Deutsche Bank, Industriepraktikum bei Daimler-Benz. Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Tübingen, Hamburg und Erlangen-Nürnberg, Diplomprüfung 1968. 1968 bis 1971 geschäftsführender Gesellschafter der Firma Berninger & Spilcke KG in Bad Urach. 1971 bis 1975 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Unternehmensführung Universität Erlangen-Nürnberg. 1975 Promotion "Unternehmensordnung und Selbstbestimmung". Seit 1991 Mitglied im Führungskreis des internationalen Beratungsunternehmens Gemini in Bad Homburg. Seit 1996 Honorarprofessor für Internationales Management Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u.a.: Mitherausgeber von "Internationale Unternehmensführung" (1981) und "Handbuch der Internationalen Unternehmenstätigkeit" (1992), "Globalisierung der Wirtschaft und Zukunftsaspekte multinationaler Regimes" (1997), "Maastricht und wie weiter?" (1998).

1997 Gründungs-Chairman der Asien-Europa-Stiftung (ASEF) in Singapur.

1975 bis 1987 Kreisvorsitzender der F.D.P. Reutlingen; 1984 bis 1988 Generalsekretär der F.D.P.; 1975 bis 1980 Stadtrat in Bad Urach.

Mitglied des Bundestages von 1976 bis 2002; 9. Dezember 1988 bis 18. Januar 1991 Bundesminister für Wirtschaft. Seit 1991 europapolitischer Sprecher und Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik der F.D.P.-Fraktion; Obmann im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.

Leinen, Josef, MdEP

Rechtsanwalt

Geboren am 6. April 1948 in Überherrn-Bisten.

1967 bis 1972 Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Saarbrücken und Bonn, 1972 bis 1974 Studium am Europa-Kolleg in Brügge/Belgien und am Institute for World Affairs in Connecticut/USA. 1974 bis 1976 Referendaraus- bildung am Oberlandesgericht Koblenz. 1978 bis 1984 Rechtsanwalt in Freiburg/Breisgau.

April 1985 bis November 1994 Minister für Umwelt im Saar- land, November 1994 bis September 1999 Vorsitzender des Europa-Ausschusses im Landtag des Saarlandes. Juni 1995 bis September 1999 Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union und im Kongress der Regio- nen (CLRAE) des Europa-Rates.

Vorstandssprecher der Umweltschutzbewegung (BBU) in Deutschland, Vizepräsident des Europäischen Umwelt-Büros (EEB) in Brüssel, seit 1995 Mitglied im Vorstand von EUROSOLAR Deutschland, seit Mai 1997 Präsident der Uni- on Europäischer Föderalisten (UEF), Brüssel.

Dezember 1999 bis Oktober 2000 Mitglied im Konvent zur Erarbeitung der Charta der Grundrechte der EU.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1999. Mitglied der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas. Stellver- tretender Vorsitzender im Ausschuss für konstitutionelle Fra- gen, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik.

Mitglied der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Rumänien.

Dr. Friedbert Pflüger, MdB

Geschäftsführer

Geboren am 6. März 1955 in Hannover; evangelisch- lutherisch; verheiratet.

1973 Abitur an der Schillerschule Hannover. Studium von Politikwissenschaft, Staatsrecht und Volkswirtschaft in Göttingen, Bonn, Harvard (USA). 1974 bis 1975 wissen- schaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Volkswirtschaft (Universität Göttingen), 1980 Examen (M. A.), 1982 Dr. phil. 1981 bis 1984 Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, zuletzt als Leiter des Persönlichen Büros, 1984 bis 1989 Pressesprecher des Bundespräsidenten.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu außenpolitischen Fragen.

Mitglied im Kuratorium der Theodor-Heuss-Stiftung, der St.- Barbara-Stiftung (Schutz vor Landminen), der Tropenwald- stiftung Oro Verde 1991-1998 und AIESEC Deutschland.

1971 Eintritt in die CDU; 1977 bis 1978 Bundesvorsitzender des RCDS, 1977 bis 1985 im Bundesvorstand der Jungen Union; 1976 bis 1978 stellvertretender Vorsitzender von European Democrat Students (EDS), seit 1991 stellvertre- tender Vorsitzender im Bundesfachausschuss Außenpolitik der CDU Deutschlands; seit Juni 1998 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen.

Mitglied des Bundestages seit 1990; 1994 bis 1998 ab- rüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seit November 1998 Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Seit September 1999 Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik der CDU. Seit 11.04.2000 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU.

Rühle, Heide, MdEP

Psychologin

Geboren am 5. November 1948 in Heilbronn; verheiratet, zwei erwachsene Kinder.

Studium der Psychologie in Tübingen.

Seit 1984 Mitglied der GRÜNEN, 1987 bis 1990 Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, 1990 bis 1991 Sprecherin im Bundesvorstand, 1991 bis 1998 Politische Geschäftsführerin im Bundesvorstand der GRÜNEN bzw. von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. 1999 Spitzenkandidatin für die Europawahl. Seit 2000 Mitglied des Parteirats von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mitglied des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie der Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung, ehemals Mitglied des Aufsichtsrats der Heinrich-Böll-Stiftung.

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1999; stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeisterin der Fraktion DIE GRÜNEN/EFA. Mitglied im Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle.

Mitglied der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa.